Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin und umgebende Gegend monatlich 1,35 Mark, vierteljährlich 3,90 Mark, halbjährlich 7,20 Mark, jährlich 13,50 Mark. Postabonnementspreis monatlich 1,50 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, halbjährlich 8,40 Mark, jährlich 15,00 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummern mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsliste für 1885 unter Nr. 789.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juni eröffnen wir ein neues Abonnement

„Berliner Volksblatt“
mit der Gratisbeilage
„Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Der Abonnementpreis des „Berliner Volksblatt“

mit der wöchentlich „Illustrirtes Sonntagsblatt“ beträgt für Berlin pro Monat 1 R. 35 Pf., pro Woche 35 Pf. Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expediteuren, sowie von unserer Expedition Zimmerstraße 44 entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnement für den Monat Juni gegen Zahlung von 1 R. 34 Pf. an.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird — soweit der Vorrath reicht — der bisher erschienene Theil des Romans „Eine Mutter“

gegen Vorzeigung der Abonnementquittung gratis und franko nachgeschickt.

Expedition des „Berliner Volksblatt“,
Berlin SW., Zimmerstr. 44.

Das Fabrikinspektorat

ist gewiss eine segensreiche Einrichtung in unserem wirthschaftlichen Leben. Aber selten erreicht eine an sich gute Einrichtung so wenig den gewünschten Erfolg, als gerade diese in ihrer gegenwärtigen Funktion.

Man geben wir zu, daß das Personal ein viel zu geringes ist, um eine genaue Überwachung der Fabriken und Werkstätten vorzunehmen. Ja, der Fabrikinspektor des Großherzogthum Hessen erklärt selbst, daß seine eigentliche Berufstätigkeit durch andere Arbeiten, welche er ohne Beihilfe verrichten mußte, derart gestört werden, daß ein regelmäßiger Besuch der Fabriken längere Zeit nicht möglich gewesen sei.

Wir glauben aber, daß nicht allein die Arbeitsüberbürdung die Schuld an der mangelhaften Beaufsichtigung der Etablissements ist, sondern in noch erhöhtem Maße die unrichtige Auswahl der Personen, welche vielfach von technischen Sachen wenig verstehen und den Umgang mit Arbeitern gar nicht kennen. An dieser Unkenntniß scheitert der beste Wille.

Die Arbeiter sind mißtrauisch. Sie haben meist so viel Mißgeschick von Personen, die im gesellschaftlichen Leben höher stehen, erlebt, daß dieses Mißtrauen sehr natürlich ist. Der Herr Fabrikinspektor meldet sich oft genug

zur Revision an, oder aber der Fabrikherr erfährt den Tag der Revision auf andere Weise. Es wird für den betreffenden Tag Alles in Ordnung gebracht, die Schutzvorrichtungen werden geprüft und ausgebessert, welche längere Zeit in vernachlässigtem Zustande sich befanden. Die Arbeitszeit für Kinder und jugendliche Arbeiter wird dann plötzlich streng inne gehalten, um nach der Revision wieder willkürlich gehandhabt zu werden.

Die Arbeiter sehen dies Alles. Sie sehen auch, wie der Fabrikherr oder der Gesellschaftsdirektor den Herrn Inspektor durch die Räume führt, sie hören die Erklärungen, sehen die freundlichen Gesichter, ab und zu wird auch der Herr Inspektor zu einem Imbiss eingeladen und die Revision ist fertig. Die Arbeiter haben nichts davon weiter erfahren. Spezialberichte werden nicht herausgegeben und aus dem Jahresbericht, der bekanntlich nach dieser Richtung hin ganz summarisch gehalten und den Arbeitern des hohen Preises halber auch nicht zugänglich ist, erfährt man über die einzelnen Fälle gar nichts.

Deshalb haben die Arbeiter kein Vertrauen zu dem ganzen Institut und auch keine zu den Fabrikinspektoren, wodurch ja einem oder dem andern Herrn bitter Unrecht geschehen mag.

So beklagt sich auch einer derselben, daß im ganzen Jahre nur vier Arbeiter sich an ihn mit Beschwerden gewandt hätten. Wir beklagen das gleichfalls aufrichtig und möchten den Arbeitern den Rath geben, sich öfter an den Fabrikinspektor zu wenden. Dazu gehört aber, daß diese Herren selbst den Arbeitern mehr Aufmerksamkeit schenken, daß sie und zwar allein in Abwesenheit des Fabrikherrn, des Direktors oder eines anderen Beamten die Arbeiter ansprechen, dann werden sie Vertrauen erwecken und Auskunft erhalten, wie das jetzt nicht vorkommt und auch nicht vorkommen kann. Dabei müssen die Herren auch den richtigen Ton treffen. Eine falsche Herablassung, wie das vielleicht einmal ein Offizier seinen Soldaten gegenüber zeigt, ist bei vernünftigen Arbeitern nicht angebracht; dieselben wollen keine Schmeicheleien, sie wollen ihr Recht. Deshalb sollen keine Abweichungen von dem speziellen Falle, keine allgemeinen Besprechungen über soziale Fragen, wie dies jetzt manchmal geschieht, zwischen dem Fabrikinspektor und den Arbeitern stattfinden, sondern jeder einzelne Fall ist scharf ins Auge zu fassen und jede einzelne Beschwerde ist umsichtig und gerecht zu prüfen.

Auch muß der Inspektor die Arbeiter und ihr ganzes Wesen kennen oder doch kennen lernen. Die Beschwerde wird manchmal nicht in gewünschter Präzision vorgebracht. Anstatt nun durch einige geschickte Fragen den Kern der Beschwerde zu enthüllen, verweist der Inspektor den Arbeiter ungeduldig auf den schriftlichen Be-

schwerdweg. Dazu versteht sich nun der meistens im Schreiben ungewandte Arbeiter nicht leicht; er würde die Beschwerde schriftlich auch noch weniger klar begründen, als mündlich und die Sache bleibt auf sich beruhen. Der Fabrikinspektor aber hat an Vertrauen verloren.

Dies sind so einige Punkte, die wir aus der großen Zahl von Einwänden, die man gegen das heutige Funktion des Fabrikinspektorats machen kann und die auch vielfach gemacht werden, herausgreifen und welche wir wohl für die wichtigsten halten. Auch liegt es bei den Fabrikinspektoren selbst, besonders wenn die in Aussicht gestellte Vermehrung derselben in Wirklichkeit erfolgt, den eben genannten Uebelständen ein Ende zu machen, oder doch an den Regierungen, die solche Personen für ein so ungemein verantwortliches Amt anstellen sollen, welche demselben auch völlig gewachsen sind und besonders die Arbeiterverhältnisse kennen.

Dann wird auch das Mißtrauen der Arbeiter bald schwinden, sie werden sich gern mit den Inspektoren in Verbindung setzen, und Abhilfe für manche Unzuträglichkeiten kann dann im Interesse nicht nur der Arbeiter, sondern auch der allgemeinen Zustände geschaffen werden.

Es dürfte dann auch das Institut der Fabrikinspektoren, fast die einzige sozialpolitische Errungenschaft auf dem Wege der Gesetzgebung in den letzten 15 Jahren, für die soziale Entwidlung unserer Zustände viel segensreicher wirken, als dies seither geschah und geschehen konnte.

Politische Uebersicht.

Ueber die Brauntweinsteuerreform, wie sie die Konseroativen erstreben, weiß die „Freis. Stg.“ folgendes mitzutheilen: Die Brennereien sollen darnach kontingentirt und die derart monopolisirten Brenner bezugsweise zu Monopol-Gesellschaften vereinigt werden. Alle Mitglieder solcher Monopol-Gesellschaften sind verpflichtet, ihren Rohspiritus in ein am Hauptort des Bezirks angelegtes Monopolbassin einzuliefern. Sie erhalten über den eingelieferten Spiritus eine Empfangsbcheinigung, welche sie verkaufen oder verpfänden können. Der Besitzer eines solchen Scheines ist berechtigt, aus dem Bassin das entsprechende Quantum Rohspiritus zu entnehmen gegen Zahlung der neuen Konsumsteuer. Die Bassins werden von den Vorständen der Monopolgesellschaften in Verbindung mit der Steuerbehörde verwaltet. Diese Organisation bietet den Monopolgesellschaften der Brenner eine bequeme Handhabung zur Bildung von Preiskoalitionen und Preisbestimmungen für den Spiritus. Die aus dem Bassin laufenden Spiritushändler werden diesen hohen Preis zahlen müssen, sind aber ihrerseits in der Lage, den Detailhändlern und Wirthen noch höhere Preise zu stellen, da die Verpflichtung zur Zahlung der Konsumsteuer bei der Abnahme aus dem Bassin den Preis der Spiritushändler auf wenige Großkapitalisten verengern und somit auch unter diesen die Konkurrenz wesentlich ausgeschlossen sein wird. Vielfach hört man die Meinung

daß sie sich schon gewaltsam fassen mußte, um keine Störung zu verursachen.

Und die Gräfin selber erleichterte ihr das sehr, denn viel freundlicher war sie heute, wie noch je; sie reichte Helene die Hand, was sie bis jetzt noch nicht gethan, und sagte, wie sie bedauere, sie auf solche Art in ihrer Häuslichkeit zu fesseln und ihre Hilfe gleich, kaum nach der ersten Bekanntschaft, in Anspruch zu nehmen; ihr George habe aber einmal an die Sache sein Herz gesetzt, und der sei von einer Fähigkeit, die einmal Erfagtes nie im Leben wieder loslasse, und wenn er deshalb alle seine Mitmenschen bis zum Tode quälen sollte.

George war aber ihr Liebling, und sie sagte das mit einem so zufriedenen Blick auf den eben Angeklagten, daß man recht gut sehen konnte, wie wohl es ihr selber thue, das einmal Begonnene mit Erfolg gekrönt zu sehen.

Helene war bei der freundlichen Anrede feuerroth geworden, während die Gräfin ihr ganz unbefangen gegenüber stand; Felix aber, der, während er mit George sprach, seine Frau nicht aus den Augen gelassen hatte, kam ihr rasch zu Hilfe und übernahm selber die Erwiderung, indem er der Gräfin nochmals versicherte, wie sehr es sie freue, etwas mit zu dem glücklichen Tag, der Verlobung der lebenswürdigen Komtesse, beitragen zu können, und ihre einzige Furcht jetzt sei nur die, daß sie, zum ersten Mal etwas Derartiges unternehmend, am Ende ihrer Verpflichtung nicht ordentlich würden genügen können. Gräfin Monford möge deshalb auch seiner Frau die Befangenheit zu Gute halten, die sich aber jedenfalls nach der ersten Szenenprobe geben werde.

Das Gespräch wurde jetzt allgemein, und während die Diener Kaffee, Limonade, Wein und Badewei heruntruhen, sammelten sich die verschiedenen Gäste, da noch nicht alle beisammen waren, in kleinen Gruppen, bis endlich der Wagen mit den letzten Säumigen vorfuhr und George jetzt darauf drang, „an die Arbeit“ zu gehen.

Die Leseprobe verlief, wie alle derartigen Dinge, ziemlich glatt und ohne besondere Störung. Durch George's Eifer, die Sache zu fördern, waren mehr als hinreichende

Feuilleton.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

Helene sah in einem Fauteuil vor ihrem Nähtisch, aber sie arbeitete nicht; den Kopf in die Hand gestützt, sah sie träumend vor sich nieder und hörte nicht einmal, daß der kleine Günther sie schon dreimal gefragt hatte, wo der Papa wäre.

„Ist bei Felix' Eintritt hob sie das Antlitz, und zwar wie erschreckt, als ob sie gefürchtet hätte, jemand Anders dort zu sehen.“

„Ruth, Ruth, mein Herz,“ rief ihr Felix fröhlich zu; „wie rüdest jetzt dem Augenblick, den Du so lange herbeigesehnt, rasch entgegen, und das Glück selber hat uns darin begünstigt — willst Du jetzt den Ruth verlieren?“

„Nein, Felix,“ sagte Helene freundlich; „ürne mir nur nicht, daß mich eben das so schnelle Nähen des Augenblicks bestürmt und — Du weißt, ich bin ja manchmal wie ein überdrücktes Kind — mit Angst erfüllt. Es ist aber doch viel leicht nur die Unruhe der Erwartung.“

„Gewiß, nichts weiter, liebes Herz.“

„Aber wie wollen wir es möglich machen, die Mutter hier unter den vielen fremden Menschen allein zu sprechen? Es wird nicht angehen, und wir werden den Moment wieder veräumen und auf's Neue lange, lange hinauschieben müssen.“

„Das ist mir auch schon im Kopfe herumgegangen,“ sagte Felix sinnend. „Zuerst hatte ich gedacht, daß Du vielleicht einen Vorwand fändest, sie in Dein eigenes Zimmer zu führen, aber ich hatte dabei gehofft, Dich ruhiger zu treffen, als Du wirklich bist; ich darf Dich nicht mit ihr allein lassen, und es wird mir nichts Anderes übrig bleiben, als sie direkt zu bitten, nach der Leseprobe noch einen Augenblick zu verweilen.“

„Sie wird es nicht thun.“

„Doch, mein Herz,“ nickte Felix, „sie wird es thun, denn sie kennt jetzt unser Geheimniß — sie muß es kennen nach dem Namen, den ich ihr genannt, und wer weiß, ob sie sich nicht selber danach gefehnt hat, Dich aufzusuchen, und nur noch nicht wußte, auf welche Weise das am besten und am wenigsten auffallend geschehen könne. Wir kommen ihr damit auf halbem Weg entgegen, und sie wird die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, sich mit Dir auszusprechen, darauf kannst Du Dich verlassen, wie auch immer sie gesinnt sein möge.“

„Meine Mutter!“ flüsterete Helene, indem sie beide Hände gegen ihr Herz presste.

„Ich bin fest davon überzeugt, Schatz,“ sagte Felix, dem jetzt alles daran lag, seine Frau zu beruhigen; „denke doch nur, wie peinlich für sie ein solcher Zustand auf die Länge der Zeit werden würde, uns in ihrer Nähe zu haben und dann immer nur zu scheinen, als ob sie uns fremd wäre. Sie wird die Gelegenheit mit Freuden ergreifen, Dich allein zu sprechen, und wenn sich die Sattin auch jetzt noch vielleicht dagegen sträubt, die ihr fremd gewordene Tochter anzuerkennen, die Mutter wird der Umarmung ihres Kindes nicht widerstehen können.“

„Das gebe Gott, Felix,“ sagte Helene leise, „denn wenn sie es thäte, würde es mich recht, recht sehr unglücklich machen.“

„Sie thut es nicht, Herz — aber wahrhaftig, da kommen schon die ersten unserer Gäste!“

„Papa,“ rief der kleine Günther, der das Herumtanzen auf dem Leppich satt bekommen hatte, „spiel' ein bißchen mit mir.“

„Ja, jetzt hät' ich Zeit, Du Säckel,“ lachte sein Vater — „spiele mit Dir, nicht wahr? Hinüber zu Eurer Bonne! Bitte, Helene, laß die Kinder hinüber bringen — und daß Ihr mir artig seid, das rathe ich Euch, sonst dürft Ihr heute Abend nicht mit uns essen!“ — Und sich von dem kleinen Burschen, der sich an ihn anhängen wollte, losmachend, eilte er in das Empfangszimmer, um die eben eingetroffenen Herrschaften zu begrüßen.

Gleich danach fuhr George mit der Gräfin Monford vor, und Helene war jetzt selber so in Anspruch genommen,

Zugern, daß einfacher, als solche monopolartigen Organisationen das Kohlenmonopol sein würde; auch hört man noch Zweifel äußern, ob die Zentrumspartei, soweit nicht ihre Mitglieder selbst Kartoffeln brennen, bereit sein würde, derart in das Reg des Monopols zu geben. Andererseits gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die Regierung vollständig im Bunde mit den konservativen Antragstellern steht. Die Regierung meint man, glaube auf diese Weise leichter die Zentrumspartei einzufangen zu können, als wenn sie den konservativen Antrag, dem die Monopolabsichten so deutlich auf der Stirn geschrieben stehen, selbst als Gesandten eingebracht hätte. (Vergl. auch „Parlamentarisches“ D. R.)

Folgen der deutschen Schutzpolitik. Der „Beste Lloyd“ erklärt in einem gegen Deutschland ungemein scharf gehaltenen Artikel ganz offen, daß die beantragten österreichischen Zollrückstellungen, wenn sie überhaupt eine Raison haben, nur die Raison besitzen können, als Retorsionsmaßnahme gegen Deutschland zu dienen. „Thatsächlich“, schreibt das ungarische Blatt, sind unsere Tarifpositionen in den meisten Fällen auf die Höhe der entsprechenden deutschen Posten gebracht und der Gedanke, gegen die deutschen Angriffe eine Waffe zu erhalten, durchzieht sich über als irgend ein anderer Vorzug die ganze Vorlage. Der Wert einer Waffe ist aber danach zu bemessen, wie groß ihre Wirkung auf den Gegner ist und wenn unser Zolltarif nur einigermaßen dazu beiträgt, den bereits im Zuge befindlichen Prozeß der Ernüchterung bei den verbündeten deutschen Interessentengruppen zu beschleunigen, so wollen wir mit Resignation alle seine Lasten tragen. Ein Anderes ist es um die politischen Folgen, die sich aus dem neuen Zustande ergeben. Jeder Sieg des Protektionismus in Deutschland, jeder Schlag, der die handelspolitischen Verbindungen der Nachbarländer trifft, er lichtet zugleich die Reihen der Anhänger des deutsch-österreichisch-ungarischen Bundes. Die durch Deutschland inaugurierte Politik — es wäre, wie gesagt, eine Stupidität ersten Ranges, das zu leugnen — sie hat die Retorsion von Seite Oesterreich-Ungarns gereizt; unsere Zollnoxe wird vielleicht dahin führen, daß Deutschland nun wieder seinerseits in der Abwehrstellung noch energischer fortfährt und seine bisherigen Kampfmittel verschärft. Dann bleibt uns wahrlich keine andere Hoffnung als die, daß der wirtschaftliche Verteidigungskrieg aller Nachbarländer endlich den Mann des Protektionismus in seinem Heimathoden brechen und Deutschland auf die Wege eines geordneten Verkehrs zurückleiten werde. Bis das geschieht, mag man sich in Berlin nicht wundern, wenn die europäischen Völker aus den Steinen, die ihnen zugeworfen werden, sich den Damm bauen, der sie von der deutschen Freundschaft unabhängig und für die deutsche Gegnerschaft unerschütterlich macht. Das ist auch der Sinn der österreichisch-ungarischen Zollnoxe, und wir nehmen gern das Verdrehen auf uns, ganz laut gesagt zu haben, was alle anderen Leute sich ganz im Stillen denken. — Unsere Schutzpolitik mit Hülfe Dismards an der Spitze werden vielleicht noch einsehen, daß man nicht immer selber bloß schießen kann, sondern daß, früher oder später, auch von der andern Seite geschossen wird. Jedenfalls hat der „Beste Lloyd“ soweit vollständig Recht, daß neben einem wirtschaftlichen Kampf nicht eine politische Verdrückerung bestehen bleiben kann.

Die offizielle Presse gefiel sich bekanntlich vor kurzem darin, die Berliner Arbeiterinnen, die ihre Lage durch eine Lohnbewegung verbessern wollten, als „elegante Damen“ darzustellen, die sich gut genug sehen. Jetzt geschieht selbst das „Centralblatt für Textilindustrie“, ein Unternehmerrorgan, die traurige Lage der Arbeiterinnen der Bekleidungsbranche zu. Darnach ist es besonders schlimm um die Schürzenbänderinnen bestellt. Eine große Anzahl derselben erzielt bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 bis 15 Stunden wöchentlich nur 2—3,50 M.; andere dagegen, in guten Geschäften und auf bessere Muster thätig, verdienen in den gleichen Zeiträumen etwa 10 M. Eine Krautenschneiderin heimt bei 12 stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von etwa 4 M. ein. Das Gros solcher Schilder wird mit 1,50 M. bezahlt. Zwei Stunden sind nötig, um ein Duzend fertigzustellen, jedoch sich der Stundenlohn auf 7/8 Pf. beläuft. Von diesem Verdienst hat die Näherin noch die Auslagen für den Zwirn zu tragen. Besser steht eine Tricotnäherin, die, wenn fleißig, doch mit einem Wochenlohn von 8 M. nach Hause geht. Um so trostloser sind dagegen wieder die Verhältnisse der Knopfnäherinnen. Das Gros wird mit 23—25 Pf. bezahlt. Sogar solche arme Näherin Tag für Tag 12—14 Stunden, Sonntags 4—5 Stunden, so kann sich ihr Wochenverdienst auf 2—5 M. belaufen. Eine Handschuhnäherin kann es bei 12 stündiger Arbeitszeit (Sonntags auch) auf 6 M. wöchentlich bringen. Der Verdienst der Näherinnen auf Knopfsachen schwankt bei einer Arbeitszeit von 8—10 Stunden zwischen 3—10 M. Bekanntlich sind auch in der Schirmfabrikation zahlreiche Näherinnen beschäftigt. Dieselben verdienen wöchentlich 6—7 M., allerdings nur bei 12—14 stündiger täglicher Arbeitszeit. Für das Nähen von einem Duzend Regenschirmen (bessere Sorte) giebt es 2 M. 1,40 bis 1,50; 16 angestrengte Arbeitsstunden sind nur Fertigung

Exemplare gedruckt, um jedem Mitwirkenden ein Heft zu sichern, so daß die verschiedenen Herrschaften schon Zeit genug gehabt hätten, das ganze Stück für sich durchzulesen und sich die Stellen, an denen sie selber einsaßen mußten, mit Rothstift anzuflehen.

Wenn es trotzdem ein paar junge Damen möglich machten, noch unbefangenen in ihrem Heft nachzulesen, während ihr Stichwort schon gefallen war, und dann, als sie namentlich aufgerufen wurden, ganz erschrocken an einer natürlich verkehrten Stelle einzusehen, so amüsierte das nur die kleine Gesellschaft, setzte die betreffenden jungen Damen in Verlegenheit und hatte weiter keine Folgen, als daß die Stelle, mit einem kleinen Stück voraus, noch einmal durchgenommen werden mußte.

Eblich war Alles glücklich zum Schluß geführt und die Gesellschaft hatte sich dabei mit dem aufgegebenen Stoff befreundet. Es war eines jener reizenden kleinen französischen Lustspiele, die, eigentlich ohne inneren Gehalt, aber mit einem liebenswürdigen, piquanten Dialog und glücklich erdachten, überraschenden Situationen, nicht allein den Zuschauer fesseln, sondern auch gewöhnlich mit ganz besonderer Vorliebe von den Mitspielenden, die sich selber für ihre Rollen interessieren, ausgeführt werden.

Einzelne Equipagen fuhren schon wieder vor, als Graf Rottach, der einen Moment bezugte, wo er sich der Gräfin Ronford, von Anderen ungehört, nahen konnte, zu ihr trat und mit halblauter Stimme sagte, während er dabei ein dort liegendes Album aufschlug, als ob er ihr die Kupferstiche zeigen wollte:

„Dürfte ich Sie erlauben, Frau Gräfin, Ihren Wagen bis zuletzt warten zu lassen; es ist eine Sache von höchster Wichtigkeit, die ich Ihnen, aber nur Ihnen allein, mitteilen möchte.“

„Ein Geheimniß?“ lächelte die Dame, aber mit einer Ruhe und Unbefangenen, die den jungen Grafen wirklich erschreckte, denn zum ersten Male wurde ihm der Gedanke durch's Hirn: „Hast Du Dich vielleicht geirrt? Ist das am Ende gar nicht jene Gräfin Ronford? Diese Ruhe und Geistesgegenwart wäre ja, wenn seine Andeutung neulich auch nur mit dem leisesten Hauch verstanden worden, rein

nötig. Näherinnen auf Wäsche wie Kragen u. s. w., sind verschieden gestellt. Während der eine Theil in 54 Wochenstunden einen Arbeitslohn von 10—15 M. zu ergelten vermag, bringt es der bei weitem größere Theil bei Tag- und Nachtarbeit auf 6—7 M. wöchentlich. Wenig lohnend ist die Thätigkeit einer Verarbeiterin, welche bei 12 Stunden täglich selten über 5—6 M. die Woche hinauskommt. Das sind die „eleganten Damen“ der offiziellen Presse!

Fabelhafter Blödsinn. In der „Badischen Landeszeitung“ wird folgende Parallele gezogen: „Die gut gezeichnete Entrückung der Deutschfreisinnigen, Demokraten und sozialistischen Bundesbrüder über die Spremberger Vorsichtsmaßregel erzählt eine grelle Beleuchtung durch einen Vorgang, der sich im Lande der demokratisch-republikanischen Freiheit, in der Schweiz, gerade abspielt. Dort hat der Züricher Stadtrath Anmahlungen und geschlossen vorgenommene Spaziergänge den Arbeitern verboten, um sozialistischen Ausschreitungen vorzubeugen. An dem Republikanismus der Züricher Stadtrathe wird wohl selbst ein Hasenclöver nicht zweifeln wollen; es geht daher aus Allem hervor, daß der Berliner Minister des Innern genau auf demselben Standpunkte steht, wie der republikanische und demokratische Züricher Stadtrath. Der Spremberger Erlaß ist demnach glänzend gerechtfertigt.“ Der Verfasser dieser Notiz hat offenbar unter der drückenden Hitze der letzten Tage Schaden an seiner Logik gelitten. Uns wenigstens ist unerschütterlich, wie eine überflüssige Maßregel des Stadtraths in Zürich den Belagerungszustand in Spremberg „glänzend gerechtfertigt“. Vielmehr weiß es aber die Rebalation des „Camb. Corr.“, welche das Urtheil der „Bad. Landeszeitung“ verbreiten hilft.

Vom Standpunkt des Liberalismus aus macht die „Nation“ über den Spremberger Belagerungszustand folgende zurechtfindende Bemerkungen: „Ohne Belagerungszustand hätten gleichfalls die Spremberger Tumultuanten ihre Strafe erhalten, und diese Strafe hätte sie voraussichtlich für die Zukunft vorzichtiger gemacht. Sie wären je nach Verdienst für einige Wochen oder Monate als rauschiger Vögel unschädlich gemacht worden; heute sind sie politische Helden, viellecht in kurzem politische Märtyrer, die sich nicht etwa auf der Straße mit der Polizei herumprügeln haben, sondern die für die Sache der Sozialdemokratie kämpften und litten und die daher der sozialdemokratischen Bewegung einen neuen wertvollen, wirkungsvollen Agitationsstoff liefern. Bis vor wenigen Tagen war das, was sich in Spremberg zugetragen hatte, fast völlig unbekannt, und daher auch für das politische Leben Deutschlands ohne alle Bedeutung; Herr von Putzamer hat mit Naatsmännlicher Weisheit gegen diesen bedauerlichen Zustand Abhilfe geschaffen; er gewährte den Polizeibeamten zwischen Polizei und Arbeitern das nötige Relief und ermöglichte es so, daß sich die sozialdemokratische Phantastie auch außerhalb Sprembergs an jenen Vorgängen erhitzen konnte; er gewährte der Partei also wiederum das, was sie zu ihrer ferneren Ausbreitung dringend von Nothen hat, ein die Aufmerksamkeit anziehendes, erregendes Ereigniß. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Spremberg ist dann weiter ganz geeignet, wie eine nie versiegende Quelle dauernd beschützend auf die sozialistische Agitation zu wirken. Daß der Belagerungszustand die sozialdemokratische Bewegung nicht zurückzuführen im Stande ist, hat sich allerorten erwiesen; Berlin ist hierfür ein klassisches Beispiel; also Spremberg bleibt voraussichtlich was es ist, wahrlich-inhalt wird aber dort die sozialistische Lehre nur um so ergebenere Anhänger finden, und wenn man dann schließlich auch zur Ausweisung seine Zuflucht nimmt, so wird man nur genau so weise handeln, als wenn man bei einer Epidemie aus der infizierten Stadt die schwersten Kranken ins das Land hinausbringt, damit sich außerhalb neue Brutstätten für die gefährliche Pest bilden können.“ — Der Vergleich der sozialdemokratischen Agitation mit der Pest ist zwar nicht geschmackvoll — wird derselbe von konservativen Blättern ja auch in Bezug auf die deutschfreisinnige Agitation angewandt —, aber der vorstehende Artikel ist hauptsächlich zur Aufklärung für den Herrn Minister von Putzamer geschrieben und dieses Verurtheil wegen wollen wir uns den Vergleich gefallen lassen.

Die Reichstagswahl ist etwas unpolitisches. Wer sagt das? Ein Verräther? Nein, ein Berliner Offizier. Die „Post“ meint, daß die Kriegereine allerdings keine Politik treiben dürften; gleichwohl findet sie das Benehmen jener thüringischen Kriegereine, welche den „Kameraden“ jetzt vor der Reichstagswahl empfehlen, gerechtfertigt. Das sei eine Privatangelegenheit, deren Bedeutung jedem Staatsbürger, also auch jedem „Kameraden“ freistehet. Außerdem stellt die „Post“ den Kriegereinen „zur Aufgabe, Vaterlandsfeinde aus den Vereinen“ fern zu halten. Zu diesen rechnet sie „in erster Reihe“ die Sozialdemokraten. Wer in zweiter Reihe dazu gehört, sagt die „Post“ nicht. Bekanntlich sind nach der Auffassung solcher gouvernementaler Blätter alle diejenigen Vaterlandsfeinde, die nicht das wollen, was jeweilig der Reichslanzler will. — Politik treiben dürfen die Vereine also nicht, aber die Allmacht des Fürsten fördern, indem sie dessen Gegner

unmöglich, unbegreiflich gewesen! — „Und bezieht es sich auf unsere Vorstellung?“ fuhr die Gräfin fort, als Rottach, ordentlich bestürzt, schwieg, indem sie sich zu dem Album niederbog und mit ihrer Lognette das Bild betrachtete.

„Nein, gnädige Gräfin,“ sagte Felix, der in dem Augenblick selber seine Fassung kaum bewahren konnte, „und trotzdem ist es vielleicht wichtig genug, Ihre Aufmerksamkeit für einen Moment zu fesseln; ich bitte Sie dringend darum!“

„Eh bien!“ lächelte die Gräfin, indem sie sich wieder aufrichtete; „ich weiß überhaupt nicht, ob mein Wagen so pünktlich vorfahren wird, da ich nicht glaube, daß wir unsere Probe so rasch beenden würden — wahrlich, wir haben erst halb sieben Uhr.“

Ein paar Damen kamen jetzt auf sie zu, um sich bei ihr zu verabschieden; eine von diesen hatte ein paar mal kleine Irrungen beim Vorlesen verursacht.

„Nun, meine liebe Constance, lernen Sie brav,“ sagte die Gräfin, „daß Sie uns am nächsten Freitag nicht fehlen bleiben — George würde unglücklich sein.“

„Gewiß, Frau Gräfin, ich werde recht fleißig lernen,“ sagte das junge Mädchen tief erröthend, — „ich habe mich heute so geschämt.“

„Weshalb geschämt? Wir sind keine Schauspieler, liebes Kind, und die Sache ist nicht halb so wichtig, wie sie George macht,“ lächelte die Gräfin. „Sorgen Sie sich nur deshalb nicht, es wird schon Alles gut gehen.“

Wagen nach Wagen fuhr vor; nur der der Gräfin Ronford war noch nicht darunter, und George hatte sich schon vorher verabschiedet, um noch Einiges zu besorgen und dann Paula abzuholen. Jetzt nahmen die Letzten Abschied.

„Die Gräfin Rottach wird mich noch kurze Zeit beherbergen müssen,“ lächelte Gräfin Ronford, als sie den sich ihr Empfehlenden die Hand reichte; mein Kutscher versummt wieder einmal die Zeit, es ist kein Verlaß mehr auf die Leute.“

Helene war mit ihrer Mutter allein im Zimmer, aber sie wagte nicht, sie anzureden; es war ihr, als ob ihr die

unterdrücken, daß dürfen (ja sollen) sie, denn das ist nicht politisch. Wie wahr!

Die Arbeitsmüdigkeit des Reichstages. Sowohl von den Reichstagsarbeiten der Presse, welche bei den Reichstagsarbeiten theilhaftig sind, hört man nur auf das Schreie darüber aufzu, wenn immer wieder Gerüchte auftauchen, daß die Reichsregierung den Reichstag noch mit neuen Anträgen zu befallen gedenkt. In einigen Monaten, meint auch die „N. L. Z.“, werde ja der Reichstag ohnehin wieder zusammentreten. Es sei eine vollkommene Unmöglichkeit, die Abgeordneten auch nur in einigermaßen genügender Zahl länger als bis zur Entscheidung über die Brandtweinsteuer bestimmen zu halten; schon jetzt lägen Gegenstände genug vor, denen gegenüber der Reichstag seine Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft einbüßen für erschöpft erklären. Zu welchem Zweck unter diesen Umständen der Arbeitsstoff noch erweitert werden sollte, sei nicht ersichtlich. Man mache jetzt, sobald das Schicksal der Brandtweinsteuer entschieden sei, dem grausamen Spiel ein Ende. Der Reichstag sei mit kurzen Unterbrechungen seit Mitte November versammelt. Niemals seien auch nur annähernd so große Ansprüche an seine Arbeitskraft gestellt worden, wie in diesem Jahre.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus beschloß eine Resolution auf Ausdehnung der Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und den Eisenbahn-, See- und Binnenschiffahrt-Betrieb.

Schweden und Norwegen.

Aus verschiedenen Streitigkeiten unter den Stockholmer Sozialisten ist der linke Flügel, mit dem Schneider Palm an der Spitze, als Sieger hervorgegangen.

In Upsala sind in den letzten Tagen anarchoistische Aufrufe verbreitet worden, in denen zu verschiedenen Gewaltthätigkeiten aufgefordert wird. Die Anstifter dieses Unfugs sind bisher nicht ermittelt.

Rußland.

Man schreibt der Wiener „N. Fr. Z.“ aus Odesa: Seit einigen Tagen zirkulierten hier Gerüchte, daß in Sebastopol während der Anwesenheit des Kaiserpaars in Folge der die freie Bewegung der Bevölkerung beschränkenden Regeln der Behörde sich unter den Arbeitern eine starke Unzufriedenheit geäußert habe, daß dieselben eine öffentliche Revue begannen und sogar Märschirungen versuchten, woran sie jedoch vom Militär verhindert wurden. Man erzählte, daß der Stapellauf der Panzerfregatte „Katharina II.“ in Nikolajew deshalb um einen Tag verschoben wurde, weil der Kaiser sich nicht entschließen konnte, Sebastopol zu verlassen, bevor dasselbst vollkommene Ruhe hergestellt sein werde. Daß diese Gerüchte nicht aus der Luft gegriffen waren, beweist eine heute in Od. Westl. erschienenen Korrespondenz aus Sebastopol folgenden Inhalts: „Am 21. Mai (also gerade an dem Tage, an welchem der Stapellauf in Nikolajew hätte stattfinden sollen) hat in unserer Stadt ein Ereigniß stattgefunden, welches große Dimensionen angenommen haben würde, wenn nicht die Administration rechtzeitig energische Maßregeln ergriffen hätte. Gegen 5000 Arbeiter der Bahn und des Hafens, sowie anderes Volk rotteten sich in ca. 15 Minuten auf dem Bazarplatze, so wie in den umliegenden Straßen zusammen und stützten sich auf die bekannte Traiteurie „Datum“ mit dem Beschrift: „Danke die Juden!“ Die Traiteurie verschwand fast im Nu vom Erdboden. Thüren, Fenster, Lische, Stühle wurden auf die Straße geschleudert und das ganze Haus demolirt. Die tobende Menge fiel hierauf in mehrere Läden ein, welche sie plünderte, worauf jedoch sofort Kosaken zu Fuß und zu Pferde, eine Kavallerie Infanterie und sämtliche aus anderen Städten hier zur Verstärkung weilende Polizeikräfte herbeieilten, welche die Unzufriedenen auseinanderjagten. Auf dem Platze waren sofort aus der Gouverneur, der Polizeimeister und der Bürgermeister erschienen, welche die Menge aufordneten, auseinanderzugehen, von derselben aber verhöhnt und ausgezoffen worden sein sollen. Erst gegen 8 Uhr Abends soll die Ruhe wieder hergestellt worden sein.“ Als Ursache dieser Revolte wird im Westl. angegeben, daß zwischen dem Traiteuriebeyher Bierfeld und einem Hafenarbeiter ein Streit entstanden sei, wobei Bierfeld seinem Gaste mit einer Bierflasche einen Döbel auf den Kopf versetzt habe, so daß der Arbeiter bewußtlos hinausgetragen wurde.

Belgien.

Man meldet der „Frankf. Hg.“ aus Brüssel den 29. Mai: Im Vorname und im Charleroi Gebiet sind für morgen zahlreiche Protestmestings der Arbeiter in fast allen großen Gemeinden angekündigt, die sich gegen das Verbot der Brüsseler Manifestation wenden sollen. Die Regierung hat heute früh Abends das 5. Linienregiment in drei Specialzügen aus Antwerpen nach Charleroi. Das 6. Linienregiment ist marschbereit, das 4. konstant. Von Aillon werden ebenfalls Truppen gesandt und in La Louviere in Kasernen. Charleroier Depeschen sagen: Das 5. Regiment wurde sofort disloziert in Goffelees, Charleroi und Fleurus; andere Truppen werden

Lust zum Nihem fehlte, und ihr Herz schlug stürmisch in der Brust. Auch die Gräfin sprach nicht — hatte ein ähnliches Gefühl sie erfasst? Ihre Züge verriethen nichts davon, und waren kalt und unerforschlich wie immer.

Felix, der die Damen an dem Wagen geleitet hatte, konnte sich denken, in welcher Stimmung seine arme Gattin sich befinden würde, und flog rasch zurück.

„Ich bin für Niemanden jetzt zu sprechen,“ rief er dem Bedienten im Vorzimmer noch zu, „für Niemanden, verstehen Sie?“

„Sehr wohl, Herr Graf.“

„Und nun Ihre Mittheilung, Herr Graf,“ sagte Gräfin Ronford, als er das Zimmer wieder betrat; „Sie haben den Zeitpunkt jedenfalls glücklich gewählt.“

— Ich weiß nicht, ob Ihre Frau Gemahlin davon unterrichtet ist.“

„Helene wird uns einen Augenblick verlassen,“ sagte Felix, der, so led er jeder ihn selbst betreffenden Rede strophe entgegen gegangen wäre, doch hier faßte, wie ihm sein gewöhnlicher froher Muth, seine Zuversicht verließ, es sich um das Wohl und Wehe des ihm liebsten Wesens handelte und das Benehmen der Gräfin selber ihn mit immer mehr Angst und der Ahnung eines unglücklichen Ausgangs erfüllte.

„Also unter vier Augen,“ sagte die Gräfin kalt und fast spöttisch lächelnd, während Helene sich mit einer Beugung in das Nebengemach zurückzog, ohne daß die Dame weiter Notiz von ihr genommen hätte: „Sie machen mich wirklich neugierig, Graf Rottach.“

Felix warf den Blick der Richtung zu, nach der sich Helene gewandt; die Thür war verschlossen, und mit innerer Bewegung fast unhörbarer Stimme sagte er:

„Es ist in der That etwas Wichtiges, um das es sich hier handelt, Frau Gräfin, denn das Glück des mit Ihnen verheiratheten Mannes hängt von dieser Stunde ab!“

„Und sehe ich damit in Verbindung?“ sagte die Gräfin kalt und stolz, indem sie dabei fest seinem Blick begegnete.

„Ja,“ sagte Felix leise, aber entschlossen, denn er

Ray, Gilly, Chatelet, Marchenne und Couillet besetzen. Es
inhalten die widersprechendsten Gerüchte über den Zweck dieser
Maßregeln. Die Arbeiterchefs sind friedlich gestimmt. Die Ge-
meinden dort haben fast alle die Bürgerwehr einberufen und
Spezialwachen organisiert. Morgen Vormittag werden die
Bürgermeister der Provinz hier im Stadthaus zusammentreten
und die Frage prüfen, ob die Manifestationen in den Provin-
zen zu gefährlich sind. Die Bürgermeister der Vorstädte von
Brüssel, die von Bürgermeister Buis nicht befragt wurden,
wollen schleunigst gemeinsam berathen, ob auch sie der Mani-
festation sich widersetzen sollen.

Um das Verbot der Arbeiterkundgebung
am 13. Juni zu begründen, werden jetzt die größten Ueber-
treibungen verbreitet. Darnach lagen in Paris, Roubaix, Lou-
vain und in anderen nordfranzösischen Fabrikkstädten Sub-
sidiarlisten aus, um eine möglichst große Rasendefundierung
von Arbeitern an jenem Tage nach Brüssel zu ermöglichen.
Aus dem Hennegau kam die Nachricht, daß ausländische Ar-
beiter sich betheiligen würden, aus Charleroi die Mitteilung
von einer massenhaften Vertheilung von Revolvern an die Ar-
beiter. Die Leiter der Kundgebung hatten vom Eisenbahn-
minister Spezialzüge für 80000 Mann verlangt, die derselbe
nicht stellen konnte.

Frankreich.

Die Vorlage der Regierung, betreffend die Auswei-
sung der Prinzen, lautet: „Meine Herren, bei der
Verschiedenheit von den monarchischen Regierungen hat die
Republik sich verpflichtet geglaubt, die gegen die gestürzten
Dynastien erlassenen Verbannungsgesetze aufzuheben, indem sie
den Mitgliedern der Familien, die in Frankreich gebürtig
sind, gestattet, auf ihrem Gebiete zu wohnen und sich ein-
zurichten, indem sie jenen dieselben Rechte wie allen andern
Bürgern einräumte. Die Republik durfte darauf rechnen, daß
sie dieser Politik der Mäßigung und des Vertrauens durch
Wahrung vor der bestehenden Staatseinrichtung entsprechen wür-
den. Die Erben der alten Dynastien haben keineswegs ihren
Ansprüchen entsagt. Weit entfernt, dieselben zu verheimlichen,
suchen sie offen alle Gelegenheiten auf, um die Einrichtungen,
die das Land sich freiwillig gegeben hat, zu kürzen. Erst vor
einigen Monaten hat die Regierung sich noch geweigert, gegen
sie die Maßregeln zu ergreifen, welche ein großer Theil der
öffentlichen Meinung verlangte. Diese Haltung scheint nur die
Wirkung gehabt zu haben, sie zu neuen Herausforderungen zu
ermuthigen. Der Zweck ist demnach vollständig und wir er-
achten, daß der Augenblick gekommen sei, einer Sachlage ein
Ende zu machen, die nicht fortzuauern konnte, ohne dem An-
sehen der Verfassung und dem Wohle des Landes schweren
Schaden zuzufügen. In Folge dessen haben wir die Ehre,
Ihnen folgenden Gesetzesentwurf vorzulegen: Art. 1. Die Re-
gierung ist bevollmächtigt, das Gebiet der Republik jedem Mit-
gliede der Familien, die in Frankreich regiert haben, zu ver-
wehren. Das Verbot wird durch Erlaß des Ministers des
Inneren nach Anweisung des Ministerraths ausgesprochen.
Art. 2. Jede Zuwiderhandlung gegen vorstehenden Artikel
wird mit Gefängnißhaft von 2 bis 5 Jahren bestraft.“

Die Arbeiterdeputirten Bussy, Plancau, Cam-
bail, Loner, Michelin und Brudon haben sogleich nach Ver-
lesung der Regierungsvorlage einen Gegenantrag einge-
bracht, worin verlangt wird, daß die Prinzen nicht ausgewiesen
werden, sondern daß man sie verurtheile, wenn sie gegen die
Republik konspiriren. Da aber diese Prinzen „ungerecht er-
worbene“ Güter besitzen, welche wieder an die Nation zurück-
fallen müssen, schlagen diese Bürger vor, daß „die beweglichen
und unbeweglichen Güter der ehemals königlichen und kaiser-
lichen Familien der Bourbons und Bonapartes aller Linien
zur Verfügung der Nation gestellt werden und eine erste
Dotation der nationalen Altersversorgungskasse bilden sollen.“
Die Kammer, die Rechte eingegeben, beschloß einstimmig die
Dringlichkeits-Erklärung und die Verweisung dieses Konstitu-
tions-Antrages an dieselbe Kommission, welche zur Prüfung
der Regierungsvorlage ernannt worden soll. Einen solchen
„Erfolg“ hatten die Antragsteller sicherlich nicht erwartet.

In der Kammer forderte, nach der „Frankf. Bzg.“, Bussy
einen Kredit von 500000 Fr. für die Nothleidenden in
Decezeville. Laur tabelte die Kompagnie. Die Ver-
größerung des Grundbesitzes und die Erneuerung der Ma-
schinen beweise, daß die Lage der Kompagnie gut sei, daß sie
den Arbeitern eine leichte Erhöhung hätte bewilligen können.
In den benachbarten Bergwerken stehen die Löhne höher.
Laur tabelt die Regierung, daß sie der Kompagnie
das Schiedsgericht nicht aufzwingen und das Militär
nicht nur zum Schutz der Kohlenlager, sondern zum
Schutz der Kompagnie verwende. Ohne ein Schiedsgericht sei
die Beendigung des Streiks unmöglich und es seien Attentate
zu befürchten. (Lebhafte Beifall links.) Die Kammer nahm
jedoch eine von Balthaut gebilligte, einfache Tagesordnung mit
20 gegen 171 Stimmen an. Votroy reichte die Vorlage eines
Schiedsgerichts zwischen Arbeitern und Adeligen ein.
Belanntlich wurde vor einigen Monaten durch den Zu-
sammenstoß zweier Eisenbahnzüge zwischen Monte Carlo und
Roquebrune ein furchtbares Unglück herbeigeführt. Das Gerücht

erster Instanz in Nizza wälzte die Schuld auf den Stations-
vorsteher in Roquebrune, Didelot, und verurtheilte diesen zu
15 Monaten Gefängniß. Auf die vom Verurtheilten eingelegte
Berufung wurde Didelot vom Berufungsgericht in Nizza von
Strafe und Kosten freigesprochen, und zwar unter einer für
die Paris-Lyon-Mittelmeer-Gesellschaft geradezu vernichtenden
Begründung. Man höre: „In Anbetracht, daß die Paris-
Lyon-Mittelmeer-Gesellschaft ihren Angestellten über-
menschliche Anstrengungen auferlegt; in An-
betracht, daß die auf dieser Strecke so häufigen Verpätungen
dieser Verwaltung zur Last fallen und daß gerade durch sie
die Gefahr entsteht, die in diesem Falle zum Zusammenstoße
der Züge geführt; in Anbetracht, daß die unter den obwaltenden
Umständen nöthigen besonderen Vorkehrungsmaßregeln in ganz
besonderer Weise vernachlässigt worden sind und daß man, um
es mit einem Worte zu sagen, mit dem Leben der Reisenden
ein Spiel getrieben hat...“ in Anbetracht dieser Erwägungen
sprach der Gerichtshof Didelot frei, ja, er erklärte an einer
andern Stelle seiner Begründung nahezu in dürren Worten,
daß er bedaure, den wahren Schuldigen an dem
Tode so vieler Menschen, die Eisenbahn-
gesellschaft, nicht zur Verantwortung ziehen zu können.
Recht zu beherzigen, auch östlich Frankreich, dieser Richter-
spruch!...

Großbritannien.

Ein Korrespondent der Wiener „N. Fr. Pr.“ hatte eine
Unterredung mit einem hervorragenden Anhänger Gladstone's.
Derselbe vertritt, daß der größte Theil der bisher unzu-
riedenen Radikalen, sowie einige Hartingtonianer, vollständig
durch Gladstone's gestrige Rede befriedigt, nunmehr für die
zweite Lesung der irischen Verwaltungsbill
stimmen werden und daher die Majorität für die Bill ge-
sichert sei. Gladstone werde, erklärte der Gewährsmann, nach
der zweiten Lesung die jetzige Bill gänzlich rekonstruiren und
dieselbe in ganz neuer Fassung mit vollständiger Berück-
sichtigung aller von den Radikalen gegen die Ausschließung der
Irländer erhobenen Einwendungen im Herbst einbringen.
Das englische Parlament solle vollständig die Suprematie be-
halten und die irische gesetzgebende Versammlung bloß An-
gelegenheiten Irlands behandeln. Dem englischen Parlamente,
als souveräner Versammlung, solle auch das Recht zuerkannt
werden, gegenüber Beschlüssen der neuen irischen Körperschaft
das Veto-Recht auszuüben und Alles, was jetzt der neuen
Körperschaft zugesprochen wird, wieder zurückzunehmen, falls
Irland nach wie vor sich störrig zeigt. Die Land-Bill sei
vollständig eingelegt. — Aus vielfachen Äußerungen anderer
liberaler Parlamentarier ist zu entnehmen, daß dieselben
für die zweite Lesung der irischen Verwaltungsbill stimmen
werden, um der Gefahr einer Auflösung des Parlaments und
einer etwaigen Rückkehr der Tories ins Amt vorzubeugen. Die
Barnettiten, welche mit den obenangeführten Radikationen
Gladstone's unzufrieden sein sollen, können jedoch noch einen
Streich durch die Rechnung machen. — Nach einem Telegramm
der „Frankf. Bzg.“ haben die Anhänger Lord Hartington's be-
schlossen, gegen die Home-Rule-Bill zu stimmen, während die
Anhänger Chamberlain's übereingekommen sind, sich der Ab-
stimmung zu enthalten. Damit wäre die zweite Lesung ge-
sichert.

In Belfast hat die Polizei an Bord eines nach Armagh
bestimmten Dampfers eine Anzahl Gewehre, Bajonette und
Säbel mit Beschlag belegt.

Der Verband der Landarbeiter sagte in seiner am Mittwoch
abgehaltenen Jahreskonferenz eine Resolution, welche die
irische Politik der Regierung billigt und Herrn Gladstone die
Verseherung ertheilt, daß er die unbedingte Unterstützung
einer überwältigenden Mehrheit der Wähler in den ländlichen
Kreisen genieße.

Italien.

Kundgebungen für den ehemaligen Kommunard und
jetzigen Galeerensträfling Cipriani waren es, welche am 27.
d. M. in Turin und Livorno zu Kämpfen mit dem
Militär geführt. Der Wiener „Bresse“ wird darüber be-
richtet: Demonstranten zogen mit rother Fahne unter den
Rufen: „Es lebe Cipriani! Hoch die Galeere!“ durch die
Straßen; auf dem Corso Dante kam es mit den Soldaten zu
kurzem Kampfe um die Fahne, welche erobert wurde, worauf
sich die Menge zerstreute. In Livorno fand eine gleiche Kund-
gebung mit den Rufen statt: „Hoch Cipriani, Galeeren-
sträfling! Hoch die Pariser Kommune! Hoch die Revolution!“
Auch hier schritt das Militär ein, welches mit einem Stein-
hagel empfangen wurde. Der Kampf dauerte lange, unent-
schieden auf und ab wogend, da die Demonstranten durch
Milienarbeiter eine Verstärkung erhielten. Auch Weiber
mischten sich in den Kampf. Zwei Soldaten blieben todt,
17 Arbeiter wurden schwer verwundet. Ueber hundert Ver-
haftungen wurden vorgenommen.

Balkanländer.

Die griechische Regierung hat von den Groß-
mächten noch keine Mittheilung erhalten, daß die Blokade der
griechischen Küsten demnächst aufgehoben werden soll. Dieser

hier mit einem Wortspiel; Sie müssen Alles wissen: So
vernehmen Sie denn, daß Helene erst vor unserer Ver-
mählung erfahren hat, wer ihre wirkliche Mutter ist — daß
sie dabei fühlt, wie sie nie von ihr erkannt werden kann
und wird, es auch nicht verlangt. Das Geheimniß soll
bleiben, wie es bis jetzt gewesen, fest und undringlich und
nie gebrochen von unseren Lippen — aber Helene's Seele
drängt nach dem Augenblick, wo sie nur einmal an dem
Orten der Mutter liegen, nur einmal den theuren Namen
nennen darf, den sie bis jetzt nur von einem Wesen gekannt
hat, das sie nie geliebt. O, wenn Sie wüßten, was das
arme Kind geküßt,“ fuhr der junge Mann lebendig fort,
als die Gräfin schwieg und leise mit dem Kopf schüttelte
— „wenn Sie ahnen könnten, wie es sie mit allen Fasern
des Herzens hieher gezogen, nur einmal ihr müdes Haupt
an ihre Brust legen zu dürfen, Sie würden Mitleid mit
Ihr haben...“

„Der Graf, nicht weiter, wenn ich bitten darf“, unter-
brach ihn die Gräfin, „denn irgend ein Geheimniß
liegt hier zu Grunde, das Sie im Begriff sind, einer völlig
unbetheiligten und demselben fernstehenden Person zu ent-
hüllen. Hier muß ein Irrthum obwalten, und ich — will
nicht weiter nachforschen, in wie weit Sie mich selber da
hineingezogen; daß es mir aber nicht angenehm sein kann,
werden Sie einsehen, und ich ersuche Sie deshalb, kein
Wort darüber mehr zu verlieren.“
(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Schweizergarten. Die in diesem Etablissement stattge-
fundene neue Debut sind glücklich ausgefallen; insbesondere
ist es die französische Gymnastik-Gesellschaft Veglere, auf
welche sich das ganze Interesse konzentriert, und wir können
nur hier konstatiren, daß die Leistungen zu den gediegensten
gehören, die wir bisher in diesem Genre gesehen. Nicht uner-
wähnt dürfen wir ferner lassen ein komisches Trio und den
Instrumental- und Gesangs-komiker Jactau, die mit ihren Vor-
trägen viel Applaus erzielten. Den Schluß bildet eine in
schöner Ausstattung aufgeführte einaktige Operette von Karl
Gosia: „Weibliche Dufaren“, Musik von Franz Suppé. Von

Umstand erscheint um so auffällender, als nicht bloß fünf
Klassen der Reserve entlassen sind, sondern auch alle Truppen
bereits von der Grenze zurückgezogen sein sollen, so daß nicht
die geringste Gefahr eines Zusammenstoßes mehr vorhanden ist.
Von englischer Seite wird berichtet, daß das Londoner Kabinet
bereit sei, die Blokade aufzuheben, allein Deutschland und
Oesterreich — nach einer Aeußerung sogar Deutschland allein —
sollen dagegen, weil das Ministerium Tripolis den Mächten
noch nicht die Abrüstung der griechischen Armee angekündigt
habe. Das wäre doch nur eine Frage der Form, an welcher
den Mächten nicht viel liegen sollte, da es auf die Abrüstung,
nicht aber auf die Ankündigung derselben ankommt. Wollig
unverständlich aber wäre es, warum gerade Deutschland, welches
an der ganzen Angelegenheit ein so geringes Interesse hat und
daher in der Blokade-Flotte auch nur mit einem einzigen
Schiffe vertreten ist, ein so großes Gewicht auf eine bloße
Formfrage legen und dadurch unnöthigerweise die Erbitterung
der Hellenen gegen sich erregen sollte. Es wird von anderer
Seite schon genug gethan, um die Völker des Orients nicht
zur Ruhe kommen zu lassen. Erzählt man sich doch ganz ernst-
haft, daß die Reise des russischen Kaisers nach dem Süden
sammt den damit im Zusammenhang stehenden Ansprüchen
lediglich den Zweck gehabt hat, das russische Volk in eine
national-patriotische Hitze zu bringen, welche für jede größere
Aktion nothwendig ist. Die russische Presse befindet sich bereits
in einem vollständigen Delirium und damit die in einem
solchen Zustande gedauerten Bemerkungen nicht die Griechen
wieder in Verwirrung bringen, sollte man Alles thun, um die
letzteren so schnell und so leicht als möglich wieder in den nor-
malen Zustand zurückzuführen.

Amerika.

Der gegenwärtige Konflikt zwischen Kanada
und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist
nicht der erste seiner Art. Die bezüglichen Verhältnisse hatten
früher den Washingtoner Vertrag von 1818 zur Grundlage.
Ihm zu Folge war den amerikanischen Fischerbooten die Be-
nutzung kanadischer Häfen, ausgenommen für Nothinlauf,
Schadensausbesserung, Holz- und Wassereinnahme, unterlagt.
Als trotzdem im Jahre 1871 die Amerikaner in Kanada Fische
verkauften, bildeten die Kanadier mit Hilfe englischer Kreuzer
eine Schiffsflotte und brachten vertragsbrüchige amerikanische
Schiffe auf. Gladstone, welcher damals in England am Ruder
war, machte aber diesem strengen Einschreiten ein rasches Ende.
Im vorigen Jahre nun haben nach Ablauf des Vertrages die
Amerikaner einen Eingangszoll auf alle in kanadischen Ge-
wässern gefangenen Fische gelegt und damit den kanadischen
Ablass auf amerikanischem Markte erschwert. Dies hat die
Kanadier sehr aufgebracht, und diesmal dürfte Gladstone
kaum in der Lage sein, sie zum Nachgeben zu bewegen, wenn
nicht gleichzeitig die Amerikaner ihren Zoll beseitigen oder
herabsetzen.

Im Repräsentantenhause kam es anläßlich der Berathung
über die Dieomargarin (Rundbutter)-Bill zu einer
sehr lebhaften Debatte, da die Vertreter der Landwirthe die
Tariffrage in die Verhandlung zogen, die Industriellen sich
dem aber widersetzen. Die Dieomargarin-Bill delegiert mit
hohen Steuern alle Surrogate für Butter (auf Dieomargarin
10 c. per Pfund) sowie die Produzenten und Händler. —
Das Haus hat die Schiffsbill sammt dem Amendement
des Senats angenommen, monach der Präsident autorisirt
wird, allen fremden Schiffen diejenigen Privilegien zu ver-
sagen, welche den Amerikanern in den betreffenden Ländern vor-
enthalten werden.

Sien.

Die Zeitungsnachrichten von der Verpflanzung der
chinesischen Garnisonen an der russischen
Grenze sind nach einem Petersburger Telegramm der
offiziösen „Nordischen Telegraphen-Agentur“ auf die bereits am
Anfang dieses Jahres mit Wissen der russischen Regierung be-
kommene Auffstellung von chinesischen Biquets längs des
Argun- und des Amurflusses zum Schutze der chinesischen Gold-
felder vor räuberischer Ausbeutung zurückzuführen. Nach einem
Telegramm aus Peking ist von gestern beträgt die Gesamt-
stärke des chinesischen Biquets gegenwärtig etwas über 1000
Mann.

Afrika.

Es wird über einen Angriff Osman Digma's auf
Suakim berichtet; doch heißt es, daß derselbe zurückgewiesen
worden sei.

Parlamentarisches.

Sitzung der Branntweinsteuerverkommission
vom 31. Mai. Den Mitgliedern der Kommission
ist in der Zwischenzeit der Gegenentwurf der
konservativen zugegangen. Der Entwurf behält
die Maßstromsteuer bei, legt aber dem Branntwein außerdem
noch eine Extraabgabe von 80 Pf. per Liter Alkohol auf.
Sämmtliche Branntweindrehereien sollen zu einer Genossen-
schaft vereinigt und das hergestellte Produkt an bestimmte

den Darstellern sind Fräulein Berning, Walden und die Herren
Alberti und Michaelis zu nennen, welche durch schöne Stim-
mittel, eleganten Vortrag und gewandtes Spiel sich auszeichnen.
Ein Besuch des Schweizergartens ist daher wirklich lohnend,
denn es wird eine große Fülle des Interessanten für ein äußerst
mäßiges Entree geboten.

Auch nicht abel! Man schreibt der Wiener „Allg. Z.“
aus Paris: „Eine ehemalige Tänzerin, Mlle. D., die einmals
in ihrer Blüthezeit zu dem gegenwärtig hier weilenden Groß-
fürsten Wladimir Beziehungen unterhalten, schrieb demselben
ein dufendes Billet, in welchem sie ihm mittheilte, daß sie sich
„momentan“ in einer etwas bedrängten finanziellen Situation
befinde und um die freundliche Bemessung einer größeren Geld-
summe bat. Nach einigen Tagen erhielt sie folgenden Brief
vom Sekretär des Großfürsten: „Se. kaiserliche Hoheit Groß-
fürst Wladimir von Rußland theilt Ihnen mit, daß er seit
einigen Jahren sämmtliche Wohlthätigkeitsakte, die von seinem
Hause ausgehen, seiner Gemahlin überlassen hat. Die hohe
Frau prüfte auch Ihr Gesuch und hat nicht befunden, demselben
stattzugeben, da Ihrerseits kein Anspruch auf eine Unterstützung
vorliegt.“

„Edle Damen.“ Aus Paris wird geschrieben: „Bei dem
großen Rennen in Vincennes führte die Stute „Margot“ und
der Reiter, Jockey Trumbul, wurde auf der Stelle gefödtet.
Einige der anwesenden Damen klatschten in die Hände und
riefen: „Gott sei Dank, daß nur dem schönen Pferde nichts
geschähe.“ Diese Aeußerung rief bei den massenhaft anwesen-
den Arbeitern einen solchen Sturm hervor, daß die Rutschen
dieser Damen umringt wurden und es schließlich zu Szenen
gekommen wäre, wenn nicht Herr v. Lupell, Sekretär des Klubs,
den glücklichen Einfall gehabt hätte, laut zu rufen: „Trumbul
hat eine Wittwe und drei Waisen hinterlassen, wer spendet
etwas für sie?“ Die sitzenden Damen warfen ihre Geldbörsen
in den Hut, im Stillen froh, daß sie ihre Ortlosigkeit nicht
theurer bezahlen mußten.“

Zweihundert Doktoren in einem Semester. Wie aus
Leipzig gemeldet wird, wurden an der dortigen Universität
vom 1. November vorigen Jahres bis zum 1. Mai dieses
Jahres zweihundert Doktordiplome ausgestellt. Darunter sind
3 theologische, 40 juristische, 85 medizinische und 71 philo-
sophische Diplome. Von Ehrendiplomen waren darunter ein
theologisches und ein philosophisches Doktordiplom.

Wahr, daß jetzt die Zeit zum Handeln gekommen sei und
jede andere Rücksicht bei Seite lassen müsse. Bitte,
sagen Sie Mir, Frau Gräfin, hören Sie mich gebuldig
nur wenige Minuten an, und dann — wenn Ihr eigenes
Herz nicht jetzt schon für uns spricht — mögen Sie selber
entscheiden, ob die Sache — wichtig genug war, Ihre Zeit
in Anspruch zu nehmen.“

„So reden Sie,“ sagte die Gräfin, indem sie auf dem
Ihr gebotenen Fauteuil Platz nahm.

„Erinnern Sie sich, Frau Gräfin,“ begann der junge
Mann, während es ihm schwer wurde, die ersten Worte
hervorzubringen, „daß ich Ihnen neulich in Ihrem
eigenen Schlosse sagte, Helene sei die Tochter der Gräfin
Baulen, die sich in der Provinz Santa Clara in Brasilien,
bomals aufhielt, vielleicht noch da lebt?“

„Ich glaube, ja...“
„Sie glauben, ja?“ fuhr Felix fort, dessen Pulse jetzt
rascher an zu schlagen fing. „Und — ist Ihnen dann
Helene weiter nichts, als die Tochter der Gräfin Baulen —
oder jener Frau, die sich dort in ihrem albernem Stolge
Gräfin nennt?“

Die Gräfin hatte ihm mit einem marmorernen Antlitz
zugehört; nicht ein Zug desselben zuckte oder verrieth, was
in ihr vorging, keine Wimper regte sich. Felix kam es so
vor, als ob ihre Wangen um einen Schatten bleicher ge-
worden wären, aber das Licht der untergehenden Sonne
konnte ihn täuschen, und ruhig und regungslos ver-
sank sie in ihrer Stellung und erwiderte auch noch kein
Wort, als Felix schon eine Zeit lang geschwiegen, als ob
er erwartete, daß er noch einmal forsfahren würde. End-
lich sagte sie mit ihrer abgemessenen, leidenschaftslosen
Stimme:

„Der Graf, Sie trauen mir in der That viel Dis-
kretion zu, daß Sie mir solcher Art die innersten und zar-
testen Geheimnisse Ihrer Verwandtschaft mittheilen; ich weiß
nicht, ob Sie gut daran thun.“

„Frau Gräfin,“ rief Felix, „ist es denn möglich, daß
ein menschliches Wesen solche Selbstbeherrschung zu
vermögen vermag, wenn — aber jetzt kann es nichts helfen“,
unterbrach er sich rasch, „wir verlieren die kostbare Zeit

Lagerräume zu einem festzustellenden Durchschnittspreis abgeliefert werden. Der Preis wird alle 5 Jahre durch das Gesetz festgesetzt. Für die ersten 5 Jahre gilt der Durchschnittspreis seit 1876. Die Kosten der Einrichtung und Erhaltung dieser Lagerhäuser trägt das Reich, die Kosten der Verwaltung die Brennereigemeinschaften, denen das Reich das Betriebskapital zinsfrei vorstreckt. Von den Lagerhäusern wird der Brantwein dem freien Verkehr übergeben. Die Verbrauchsgabe trägt der Abnehmer, so weit der Brantwein nicht für die Ausfuhr bestimmt ist. Neu zu errichtende Brennereien dürfen nur für das Ausland arbeiten.

Brömel (Dfr.): Dieser Entwurf bildet keinen Abänderungsantrag, sondern einen selbstständigen Antrag, er hätte deshalb nicht unmittelbar in die Kommissionsberatung, sondern zur öffentlichen Beratung in den Reichstag gehört. Allein dieser Entwurf mit seiner rückwärtsgehenden Interessentpolitik zu Gunsten der großen Kartoffelbrenner hat das Licht einer öffentlichen Beratung gescheitert und steht das ganze Verfahren einer Ueberumpelung so ähnlich, wie ein Ei dem anderen. Die Kosten dieser Lagerhäuser, Sammelgefäße, Reparaturapparate u. s. w. und die dauernde Unterhaltung soll das Reich tragen. Dieses System des Ansammlens des Rohbrantweins, um damit den Preis zu bestimmen, ist als ein Mandat zu betrachten, welches man in Börsenkreisen "Schwenze" nennt, hier mit Unterstützung aus Reichsmitteln. Der Patriotismus dieser Antragsteller kennzeichnet sich als reine Interessentpolitik zu Gunsten ihres Gewerbes. Wir haben heute eine Prämie auf ausgeführten Spiritus. Diese Prämie wird nach diesem Antrag nicht unwesentlich erhöht. Hierzu kommt der Reichszuschuss — zinsfreie Vorkäufe für noch nicht verlaufene Spiritus — Garantie eines gesicherten Absatzes — Feststellung eines lobnenden Preises, unabhängig vom Preise des Weltmarktes.

Es wird sehr tief in die Taschen der Steuerzahler gegriffen und zwar wesentlich zu Gunsten der Kartoffelbrenner. Es ist Pflicht, die ganze Verwerflichkeit dieses auf kleinliche Interessentbegünstigung ausgebauten Planes aufzudecken, vor welchem die weitgehendsten Vorschläge der Sozialdemokraten bedeutend den Vortritt verdienen. Besser zu Gunsten der Allgemeinheit eine Regelung der Produktion als zu Gunsten einer winzigen kleinen Zahl von Interessenten. Diese Anschauung wird sich Bahn brechen und gewiß sehr bald in der politischen Agitation öffentlich zu Tage treten. Wir bekämpfen auch, daß der Reichstag verfassungsmäßig berechtigt ist, durch Steuern Gelder aufzubringen, um Ueberschüsse an die Einzelstaaten abzugeben.

Freiberg v. Nitzsch (Konf.): Der Antrag lehnt sich eng an die Vorschläge der Staatsregierung an, deren Schattenseiten nach Möglichkeit vermieden werden. Die Besteuerung von 2. mit 80 Pfg. ist für uns nicht unumstößlich, doch scheint uns diese daraus resultierende Einnahme für unser Vaterland notwendig zu sein. Die Feststellung des Preises des Brantweins durch den Reichstag bildet für uns eine drohende Gefahr, doch haben wir keinen anderen Weg zu finden gewußt. Wenn Sie überhaupt eine höhere Steuer auf Brantwein wollen, und darin scheinen alle Parteien einig zu sein, (Heine, Soz.: Wir nicht!) auch einer Ihrer Herren Redner hat unter gewissen Bedingungen sich dafür erklärt — so bildet unser Vorschlag den einzigen konsequenten Weg. Von einem finanziellen Verdienst kann bei der Brennerlei weder bisher noch nach diesen Vorschlägen die Rede sein. Wenn Sie nichts in dieser Frage thun, so werden die Brennereien zum Schaden der dabei beschäftigten Arbeiter zu Grunde gehen.

Richert (Dfr.): Noch nimmer hat man es gewagt, eine solche auf 2 Monopole, nämlich das Monopol der Brenner und das der Großhändler basierte, so mangelhaft und lückenhaft hergestellte, der niedrigsten Interessentpolitik dienende Vorlage einzubringen. § 1 spricht von einer Entscheidung. Ich hoffe, daß die Zentrumspartei nicht mit dem Entwurf sich einverstanden erklärt. Die Annahme dieses Entwurfs würde ein Geschenk von jährlich über 30—40 Millionen Mark an einige wenige Brennereibesitzer aus der Tasche der Steuerzahler sein. Wie denken Sie sich die Durchführung des § 1, soweit Spiritusfabriken für In- und Ausland arbeiten? Ich finde in dem Entwurf nur Rechte, aber keinerlei Pflichten der Brennereibesitzer und erwarde vor allen Dingen, daß sich die Mitglieder des Zentrums über den Entwurf äußern. Der Arbeiter in Norddeutschland verbraucht täglich nahezu 1/2 Liter oder durchschnittlich für 15 Pf. Schnaps. Diese Ärmsten der Armen sollen für Sie, die

notleidenden Brennereibesitzer bezahlen. Wenn die Regierung diese Mittel zu Reichszwecken gebraucht, werden wir nach erfolgter Vorlage diese Frage im Sinne des Patriotismus prüfen. Eine gerechte Verteilung der Ueberschüsse an Kreise und Gemeinden, ist nach keiner Seite hin praktisch durchführbar.

v. Medell, Kalsow (Konf.) ersucht um Annahme des Gesetzes. Eine Schwankung sei bei einem feststehenden Preis ausgeschlossen. Der verlangte Preis für Spiritus sei ein realer und wenn wirklich ein kleiner Vortheil dabei sei, so sei er nichtleidenden Brennereien zu gönnen. Ein Monopol der Großhändler liegt absolut nicht in der Vorlage. Wenn die Brennerei eingehe, werden hundert von Quadratkilometern nördlich der Elbe der Unkultur wieder anheimzufallen.

Barth (Dfr.): Wenn man bedenkt, daß die 25 000 Großgrundbesitzer ein Viertel des gesamten Grund und Bodens besitzen, und die Grundsteuer durch dieses Gesetz gemindert werden soll, so wird wieder der Arme für die Reichlichen die Lasten tragen. Wir sind von diesem Entwurf nicht überzeugt, die Interessentgruppen der Brennereibesitzer wollen eine Kontingation, d. h. ein Monopol für sich zur alleinigen Herstellung des in Deutschland verbrauchten Brantweins, und eine Verteuerung des Preises des Brantweins um über 50 Prozent. Denken wir uns solches Prinzip auf andere Gewerbe gleichmäßig fortgeführt, so werden wir das Aufhören aller freien Konkurrenz sehen. § 47, wonach einzelne Brennereien ihre Rechte zur Ablieferung des Rohbrantweins an andere Brennereien übertragen können, beweist, daß das Gesetz ein reines Monopolegesetz ist.

Gamp (Freikonf.): Wer Brantwein täglich trinkt, ist ein Sünder und ist zu wünschen, daß dieser übermäßige Konsum eingeschränkt wird.

Dr. Meyer, Halle (Dfr.): Dieser Antrag hat keinen andern Zweck, als die Menge derjenigen, welche den Monopol-Regierungsentwurf abgelehnt, wieder zu diesem Entwurf zurück zu ziehen, da er schlimmer ist als jener.

Rohle (Zentrum): Wir halten es für unsere Pflicht, bei diesem Gesetz zum Segen der Landwirtschaft und zum Wohle des Staates mitzuwirken. Wir stellen den Antrag, die Höhe der Steuer von 80 Pf. auf 25 Pf. herabzusetzen. Dem Antrag Ricbert um Aufklärung über die für Reich und Staat notwendigen Mittel schließen wir uns im Ganzen an. Wir behalten uns vor, zu morgen einen speziellen Antrag einzubringen.

Kommunales.

w. Zur Regulierung der Spree. Nachdem der Magistrat sich mit den bereits des Ausführlichen mitgetheilten Beschlüssen der gemischten Deputation über das staatl. staatl. geplante Projekt, betreffend die Schiffdarmachung der Spree und die Vertheilung der Kommunen an dem Unternehmen einverstanden erklärt hat, beantragt derselbe jetzt bei der Stadtverordneten-Versammlung, dieselbe möge den Magistrat ermächtigen, der königl. Staatsregierung gegenüber die Bereitwilligkeit zu erklären, gemeinschaftlich mit derselben die Spree-Regulierung in Berlin nach dem vorgelegten Projekt und den Erläuterungen zur Durchführung zu bringen und staatl. staatl. als eine feste Beihilfe zu dem gemeinschaftlich auszuführenden auf 6 400 000 M. veranschlagten Unternehmen die Summe von 3 200 000 M. zu gewähren, wenn 1. die geplante Spree-Regulierung oberhalb und unterhalb Berlins staatl. staatl. zur Ausführung gelangt; 2. der Stadt, nach Bestehen dieses Abkommens mit dem Staate, auch schon vor Senkung des Wasserpiegels der Spree die Errichtung fester Brücken nach der Höhenlage des Regulierungsprojekts (Wiederholte Denkschrift) gestattet wird; 3. die Ausführung aller eigentlichen Wasserbauten nach dem Projekt als Schleusen, Wehre, Dammungen, Stromprofilierungen, Ufermauern u. dgl. der baulichen Leitung der königl. Staatsregierung, die Ausführung aller durch die Spree-Regulierung bedingten, aber dem Landverkehr dienenden Bauten, wie namentlich aller Brücken, der städtischen baulichen Leitung unterstellt wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält heute, (Dienstag), Nachmittags 5 Uhr, eine außerordentliche Sitzung ab mit folgender Tagesordnung: Einige Pensionierungs- und Anstellungssachen — Vorlage, betr. die Verleihung des evangelischen Säcular-Stipendiums — desgl., betr. die Aufnahme von 5 Personen in das Nikolaus-Bürgerhospital und die Stiftung der Bürger-Resource — desgl., betr. die Einladung zu der König Ludwig-Feier in

München — Wahl eines Mitgliedes für die Parl.-Deputation — Vorlage, betr. die erfolgte Bauabnahme der Zentral-Rathshalle in der Neuen Friedrichstraße — desgl., betr. den Verkauf einer Baustelle neben der Rathshalle in der Zimmerstraße — desgl., betr. die Neuwahl eines Mitgliedes für die Kommission zum Zweck der Erwerbung von Grundstücken auf der Südseite des Mühlendammes — desgl., betr. die Finalabschlüsse — Berichterstatter über die Vorlage, betr. die Anlage zum Neubau einer Gemeindegewerkschule in der Verlegerstraße — desgl., über 8 Rechnungen, sowie über die Finalabschlüsse pro 1. April 1884/85 der Stadt Hauptkasse, der Kanalisationsverwaltung und der Verwaltung der Wasserwerke, ferner über den Finalabschlüsse pro 1. April 1883/84 der Verwaltung des Zentral-Viehmarktes — Vorlage, betr. die Verlegung des Beginns der Rechnungslegung für die Vorspannverwaltung auf den 1. April — desgl., betr. die Vertheilung der Bankbrüche am Treffpunkt der Chaussee- und Müllerstraße — desgl., betr. den Geschäftsbetrieb der Sparkasse pro Oktober-Dezember-Quartal 1885 und den Jahresabschluss der Kasse ult. 1885 — desgl., betr. den Verkauf von Baustellen an der Pöck, Dieffenbach- und Urbanstraße — desgl., betr. die Herabsetzung der von der Berliner Pferdebesitzers-Aktiengesellschaft, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, J. Lesmann u. Ko. zu Charlottenburg für das Kalenderjahr 1885 zu entrichtenden prozentualen Abgabe von der Bruttoeinnahme — desgl., betr. die Anlage zum Neubau eines Hospitals nebst Siechenanstalt an der Prenzlauer Allee — desgl., betr. den Verkauf der Grundstücke an der nordöstlichen Ecke der Post- und Möckernstraße — desgl., betr. die Einrichtung von Gartenanlagen auf dem Dönhofsplatz — desgl., betr. den Abbruch der Baustellen auf den Grundstücken Fischerstraße 49 und Mühlendamm 12 bis 19 und 22 bis 28 — desgl., betr. die Erwerbung des von dem Grundstücke Spandauer Brücke 4/5 zur Stadtbahn-Parallelstraße erforderlichen Terrains — Berichterstatter über die Vorlage, betr. die Uebernahme des im Zuge der Belle-Alliancestr. zwischen der Kreuzbergstraße und dem Tempelhofer Felde belegenen Kolonnenweges in das Eigenthum der Stadtgemeinde. — Vorlage, betr. die erfolgte Bauabnahme der Radialstrasse VI. und VII. der Kanalisationsverwaltung — desgl., betr. die Verwendung der Erträge der Friedrich-Wilhelm-Stiftung pro 1885/86 — desgl., betr. die Erweiterung des von dem Grundstücke Schiffbauerdamm 8 zur Straßengrenze erforderlichen Terrains — desgl., betr. den Stand der Arbeiten bei der Kanalisation und bei der Spürung der Abwasserfelder im Januar-März-Quartal 1889 — desgl., betr. die Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten der Ausführung des Spree-Regulierungsprojekts — desgl., betr. die Errichtung einer höheren Bürgerschule vor dem Schönhauser Thor — desgl., betr. den Ankauf des Grundstückes Kommunikation am Neuen Thor zu Gemeindegewerkschulen — desgl., betr. den Verkauf der Baustellen auf dem Gemeindegewerkschul-Grundstücke Derfflingerstraße 18a zum Abbruch — Berichterstatter, betr. die Wahl von 7 Vertrauensmännern für den beim königl. Amtsgericht Berlin i. zu bildenden Ausschuss zur Auswahl der Sachverständigen und Geschworenen — Vorlagen, betr. die Neuwahl je eines Bürgerdeputierten für die Schul-Deputation und für die Steuer- und Quartierungs-Deputation — Sieben Unterstützungssachen — Eine Remunerationssache — Berichterstatter über ein Naturalisationsgesuch — Vorlage, betr. die Bewilligung eines Gnadengebälts.

Briefkasten der Redaktion.

G. A. Stat. Nur Grand mit Zweien geht über Null ouvert.
Fr. S. Der erste Pfingstfeiertag fiel im Jahre 1884 auf den achten Juni.
L. L., Jossenerstraße. Sie sprechen von „unserem Verein“, sagen aber nicht, welchen Verein Sie meinen. Da Sie also den Verein nicht nennen, können wir Ihre Frage nicht beantworten. Senden Sie die Berichte ein.
Ein Abonnent. Die zehnjährige Arbeitszeit wurde von den Meistern Berlins im Jahre 1871 durch einen Antrag des begonnenen sechsmonatlichen Streik errungen. (Auch die Zimmerer arbeiten seit dieser Zeit täglich 10 Stunden.) Im Jahre 1872 verließen die Meister die elfstündige Arbeitszeit wieder einzuführen; sie kamen aber damit nicht durch, mußten den Gesellen vielmehr noch einen Lohnzuschlag bewilligen.

Theater.

Dienstag, den 1. Juni.
Opernhaus. Aladin, oder: Die Wunderlampe.
Schauspielhaus. Das Stiftungsfest.
Deutsches Theater. Das Räthchen von Heilbrunn.
Belle-Alliance-Theater. Namenlos. Poffe mit Gesang in 3 Akten von Kallisch und Wohl. Musik von A. Conradi.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Bigamierbaron.
Balkons-Theater. Der kleine Herzog.
Land-Theater. Untert.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Amor. Tanz-Boem von Luigi Manzotti.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Grosse Landpartie

sämmtlicher Maurer

Berlins und Umgegend
am Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 3. Juni,
nach Grünau.

Abfahrt vom Görlitzer Bahnhof Morgens 7.5, 8, 8.30, 10.30 Uhr
Zu reger Betheiligung ladet die Kameraden ein

Carl Behrend, Steinmetzstraße 23.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain u. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich:
Gr. Concert u. Vorstellung
Auftreten der neu engagierten Spezialitäten, der engl. Gymnastiker Vogler, der Duettisten Gessow, Hausen, des humoristischen Komiker Trios Jonas, Großsch und Glaser, des Instrumental-Komikers Hrn. Jachlau, des Tenoristen Hrn. Alberti, sowie des Baritonisten Hrn. Michaelis.
Theater-Vorstellung.
Im Felsencaal: **Tanzkränzchen.**
Vollbelustigungen aller Art. [1784
Abds. gr. Illumination u. elektrische Beleuchtung.
Wochentags 1 Fr. 8 M. — 10 M.
Kaiser-Banorama.
In dieser Woche:
Japan — China. Neu!
Eine Wanderung durch Rom. Getha-Reise.
Carolinens-Inseln.
Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf.
Täglich:
Geselliges Zusammensein
in den **Landsberger Bierhallen**,
Landsbergerstraße 82.
Saal u. Zimmer für Vereine u. Versammlungen.
1777] **Jacoby.**

Unsern Freunde [1836] Werschke

zum heutigen Tage ein
dreifach donnerndes Loch
senden
Die Freunde von der Central-Kasse der
Eisler und Berufsgenossen Berlin A.
Mitglieder-Versammlung
der
Central-Kranken- u. Sterbekasse
der **Töpfer**
und Berufsgenossen Deutschlands
am Dienstag, den 1. Juni, Abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Feesfeldt**, Oranienstr. 33.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Berichtsabend.
1836] Der Vorstand.
Central-Kranken- und Sterbekasse der
Eisler u. s. w., Ostboem. Berlin C. (Halle-
sches Thor). Mitglieder-Versammlung am Mitt-
woch, den 2. Juni, Abds. 8 U. Teltowstr. 3
bei Rothader. Tagesordnung: Fortsetzung der
Tagesordnung vom 24. Mai. Auch muß vor-
gereicht werden. [1837] Die Ortsverwaltung.
Gute getragene Herren- u. Knaben-Garderobe
in großer Auswahl. Gute getr. Hosen v. 2 M.
an. **D. Sommerfeldt**, Oranienstr. 199. [1872

Wein! Direkter Bezug Wein!

vom Hause J. Lanoite, als u. Co., Bordeaux.
Empfehle als ganz besonders preiswerth:
Chateau Serbat pro 1/2 Flasche 1.40 M.
L. Mahu, Lager Forsterstraße 57 parterre.
Arbeitsmarkt.
Echtige Schneider
werden für die Dauer verlangt
[1840] Charlottenstraße 57 III.
Gute Hosen- und Westen-Schneider
werden dauernd beschäftigt bei
[1889] **Isczynsky**, Taubenstraße 54.
10 Korbmachergesellen
auf grün und weiß Geschlagen und Gestellarbeit
finden dauernde Beschäftigung bei [1807
Berger u. Benzin, Andreasstraße 21.
Der unentgeltliche Arbeits-
Nachweis der
Clavierarbeiter
befindet sich **Stalitzerstr. 18**
bei **Stramm.** [1750]

Die Buchdruckerei

von
MAX BADING
BERLIN SW., Beuth-Str. 2
empfeilt sich zur
Anfertigung von Druckerarbeiten
jeder Art
bei prompter und billiger Bedienung.
Kosten-Anschläge und Papierproben gratis
und franco.
Selbstunterricht
in der einfachen und doppelten faul-
männischen [800
Buchführung
und Darstellung eines neuen abge-
kürzten Systems zur doppelten Buch-
methode von **C. Schmidt**, Lehrer der
Handelwissenschaften.
Preis 1 M. 50 Pf.
Zu beziehen d. d. Exped. d. „Berliner
Volksblatt“, Berlin, Zimmerstraße 44.
Steuereine Beilage

verschwinden ließ. Der Diebstahl wurde aber noch rechtzeitig entdeckt und die Person einem herbeigeholten Schutzmännchen zur weiteren Veranlassung übergeben. Derartige Diebstähle werden aus zwei unten und oben zusammenhängenden Röhren, in welche eine Ummenge selbst großer Gegenstände gediegen werden können. Gewöhnlich treten zwei auf einem „Kaubzug“ befindlichen Personen ins Geschäft und während die eine die Aufmerksamkeit des Verkäufers auf sich zu lenken weiß, indem sie sich diese oder jene Gegenstände aus dem Lager reichen läßt, benützt die andere Gauerin die Gelegenheit, einen Gegenstand nach dem anderen in ihre weite Kleiderfalte verschwinden zu lassen. Die Geschäftsinhaber und die Angestellten derselben werden daher gut thun, wenn sie ihre Aufmerksamkeit gerade auf Frauenpersonen lenken, auf welche obige Schilderungen zutreffen.

Den nachfolgenden Bericht von dem Tode eines Knaben entnehmen wir einer Lokalcorrespondenz. Es scheint sich um ein außergewöhnlich trauriges Mißgeschick zu handeln, bei dem Unfall und Schuld kaum auseinander zu halten sind. Wir geben die Darstellung daher, wie wir sie finden, ohne für die Einzelheiten Verantwortung zu übernehmen oder ein Urtheil zu äußern. Der Berichterstatter schreibt: An der Ecke der Alexandrinen- und Gashirtenstraße versuchte gestern Nachmittag ein sechsjähriger Knabe mit einem Pferdebahnwagen um die Wette zu laufen und scheint dabei die Pferde deunruhigt zu haben. Um dies zu verhindern, schlug der Kutscher mit der Peitsche nach dem Knaben, wobei sich die Peitschenrinne so fest um dessen Körper schlang, daß der Laufende zu Boden gerissen wurde und gerade vor die Räder zu liegen kam. Ehe ein Bremsen möglich war, waren ihm die Räder des schweren Wagens über beide Beine gegangen. Er starb, ehe noch ärztliche Hilfe zur Stelle geschafft werden konnte. Die Leiche des Kindes wurde von Augenzugern in die Wohnung der Eltern, einer in der Neuenburger Straße wohnenden Arbeiterfamilie geschafft.

Wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit ist vorgestern der 16-jährige Kaufmannslehrling S. verhaftet worden. Derselbe hat mit Kindern im Alter von 3-10 Jahren, welche er mit dem Besprechen, ihnen Bonbons zu schenken, in den Lagerkeller seines Prinzipals gelockt hatte, unzüchtige Handlungen vorgenommen.

Gewarnt wird vor den beiden Schlafkammermördern Carl Bonath und Hermann Werklamp. Dieselben sind, nachdem sie kurze Zeit bei einer armen Wittwe in der Giltbühlstraße 8,9 gewohnt, bei derselben auch gefressen, Nachts durch das Fenster gerückt, natürlich ohne vorher Wohnung und Essen bezahlt zu haben.

Ertrunken. Am Sonntag Vormittag um 11 Uhr unternahmen die Arbeiter Otto Behnte, Franz Pietad, Adolph Denschel, Rudolph Chornilow und andere, die alle bei Danisch, Gauerstraße, in Arbeit stehen, eine Wasserpartie. In der Mitte der Spree wechselte, angeblich Herr Pietad, seinen Platz, um sich an ein Ruder zu setzen. Hierbei gerieth das Boot ins Schwanken, kenterte und sämtliche Insassen des Rahnes fielen ins Wasser. Trotzdem Pietad geliebter Schwimmer war, ertrank er; ebenso alle übrigen, mit Ausnahme eines einzigen, des Arbeiters Denschel, der gerettet wurde. Pietad ist verheiratet und hinterläßt eine Frau, welche sich in gesegneten Umständen befindet und eine 5-jährige Tochter. Alle Ertrunkenen sind fleißige und nuchterne Menschen gewesen.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 16. bis inkl. 22. Mai 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	16./5.	17./5.	18./5.	19./5.	20./5.	21./5.	22./5.
Am Oberbaum-Dammühle.	2,58	2,59	2,62	2,64	2,66	2,64	2,62
Oberwasser-Dammühle.	2,54	2,55	2,58	2,61	2,63	2,59	2,58
Unterwasser.	1,05	1,07	1,04	1,04	1,10	1,12	1,10

Ämtlicher Bericht der Markthallen-Verwaltung. Rittgeheiß von S. Sandmann, städtischem Verkaufsvermittler. Engros-Markt in der Central-Markthalle am 23. Mai 1886. Die Fischzufuhr für den heutigen Großmarkt war ausreichend, man erzielte befriedigende Preise. Eidlachs per Kilo 2,50 Mk. Dönerlachs, groß 1,40-1,50, mittel 1,20 bis 1,30 Mk., Steinbutt, groß 1,00-1,20, mittel 1,40-1,60, Bergzunge, groß 1,80-2,00, mittel 1,40-1,80, Kleist 0,50, Schellfisch, groß 0,20-0,30, mittel 0,15, Matreien 0,80, Sander, groß 1,80, mittel 1,20. Hechte, 0,70-0,90, Schleie 0,90 bis 1,00, Aale, groß 1,80, Hummern 2,40 per Kilo, Krebse nicht unter 10 Ctm. lang 2-8 Mk. per Schock. Geräucherter Hering hatten den gestrigen Preis. Eier nach Qualität 1,75 bis 2,15 per Schock. Butter schleppendes Geschäft. Rapider Preisrückgang in Hamburg scheint die Käufer hier zurückhaltend zu machen, in dessen wurden die gestrigen Preise noch mit Mäßigkeit behauptet. Öl- und Wachs. I. 1,05, II. 1,00, III. 90-95, Weizenbrot, Holsteiner etc. I. 1,90, II. 1,84, III. 1,80, Landbrot, Repbruder 140-144, Rohnke 150-156 Mk. per 100 Kilo. Käse Edammer 1,40, Westpreussischer Schweizerkäse 1,20-1,20 Quadratsahnenkäse I. 18-25, II. 14, Centrifugen 10 bis 12 Mk. per 100 Kilo. Gemüse, Salat 1,00-1,50 Mk. per 100 Kilo. Spargel Ia. 0,80-1,00 Mk., geringere Sorten 20 bis 50 Pf. per Kilo, Zwiebeln 17-20 Mk. per 100 Kilo, Papardier, frisch 12,50 Mk. per 100 Kilo, Kartoffeln 38 Mk. per 24 Ctr., frische Malta 16-18 Mk. per 50 Kilo, Gurken 20 Stück 6 Mk.

Polizei-Bericht. Am 28. v. M. Abends schlug ein Prekträger an der Ausladekelle in der Fruchtstraße einen ebenfalls dort beschäftigten Arbeiter in Folge eines Streites brutal mit einem Stück Holz, das derselbe einen Hundstreich beantragt. — Um dieselbe Zeit fiel ein Arbeiter bei einer Schlägerei vor dem Hause Bügowstr. 56 zu Boden und erlitt einen Beinbruch, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Am 29. v. M. vergiftete sich ein Mann in seiner Wohnung in der Ludauerstraße mittelst Cyankali. — Um dieselbe Zeit sprang ein Mann in selbstmörderischer Absicht von der Waberbühne aus in den Luisenstädtischen Kanal, wurde jedoch von dem Sergeanten der 9. Kompanie des 3. Garde-Regiments zu Fuß, Schmach, welcher sofort nachgehungen war, etwa 5 Minuten über Wasser gehalten und mit Hilfe eines Schiffers an das Ufer gebracht. — Zu derselben Zeit fiel der in der Hofbühnenstraße wohnende, Alte Schönhauserstraße 57, befindliche Fabrikstuhl, welcher von dem Schlosserlehrling Trommer repariert werden sollte, in Folge ungenügender Befestigung aus einer Höhe von 275 Meter herab und traf den Trommer so heftig, daß derselbe einen Bruch des linken Oberschenkels davontrug und nach dem St. Hedwig's-Krankenhaus gebracht werden mußte. — An demselben Tage Mittags stürzte der Schneidermeister Guitshoff im Victoria-Theater aus Unvorsichtigkeit durch eine Öffnung des Bühnenbodens auf die etwa 13 Meter über dem Bühnenniveau liegende Bühne herab und verlor in Folge eines Schloßbruchs auf der Stelle. — Am 30. Mai Vormittags brach ein Insassen eines Rahnes denselben durch Mithilfe eines Schaulens hinter dem Grundstück Am Stralauer Thor 4 zum Kentern und fielen sämtlich ins Wasser. Dabei ertranken drei Personen, während eine Person gerettet wurde. — Am Nachmittag desselben Tages kam ein 9 Jahre alter Knabe, als er im Uebermuth vor den Räder eines durch die Gashirtenstraße fahrenden Pferdebahnwagens umherlief, zu Fall und wurde am linken Fuß überfahren. — An demselben Tage Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Gashirtenstraße erhängt vorgefunden. — Am 31. Mai früh wurde in dem Vorgarten des Hauses Bügowstraße 95 die Leiche

eines unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gefunden und nach dem Leichenschauhause gebracht. — Zu derselben Zeit fiel ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Arbeiter vor dem Hause Koppenstraße 50 plötzlich zu Boden und starb auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Für eine leichtfertige Denunziation, in deren Verfolg der Arbeiter Briz wegen strafbaren Eigennutzes, vorsätzlicher Sachbeschädigung und Pedrohung unter Anklage gestellt worden ist, erhielt der Urheber, Hauseigenhümer Müller, Kolbergerstr. 3, eine kleine Lektion. Nach der erstatteten Anzeige sollte der Angeklagte eine in seiner Wohnung befindliche Thür vorfalschlich beschädigt, den Eigenthümer Müller mit dem Verbrechen des Todtschlags bedroht haben und aus dem Hause Kolbergerstr. 3 „gerückt“ sein, ohne vorher seine kontraktlichen Verpflichtungen erfüllt zu haben. In letzteren Beziehungen hatte der Denunziant behauptet, daß sein Miether die kontraktlich stipulirte Entwässerungsabgabe von monatlich 75 Pf. nicht entrichtet hatte; aus diesem Grunde hätte er dem Miether gegenüber sein Retentionrecht geltend gemacht und demselben untersagt, beim Fortzuge seine Sachen mitzunehmen, ehe er die für die Entwässerungsabgabe schuldigen Beträge nicht entrichtet hätte. Im Termin vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I legte der Angeklagte seinen Kontrakt und sein Miethzinsbuch vor; aus ersterem ging hervor, daß die Entwässerungsabgabe in der Gesamtmiethe stipulirt war, aus letzterem, daß die Miethe in voller Höhe stets prompt bezahlt worden. Betreffs der ihm zur Last gelegten Beschädigung der Thür erbrachte der Angeklagte den Beweis, daß diese Beschädigung schon vor seinem Einzuge vorhanden gewesen ist. Der dritte Anklagepunkt beruhte nur auf dem Zeugniß des Denunzianten, dem selbst der Staatsanwalt keinen Glauben schenkte. Nachdem der Vorsitzende dem Jungen Müller die ernsteste Ermahnung erteilt, erkannte der Gerichtshof dem Antrage des Verteidigers entsprechend auf Freisprechung.

Kann eine vom Vorsitzenden für geschlossen erklärte Versammlung polytechnisch aufgelöst werden? Diese Frage lag allerdings nicht in so einfacher, sondern in komplizierter Form der Strafkammer V des Landgerichts I gestern zur Entscheidung vor. Der Schriftführer Robert Schulze hatte als Vorsitzender des Vereins für das werthvolle Volk des 29., 30. und 31. Kommunal-Wahlbezirks (Arbeiter-Bezirksverein „Anverzagt“) eine Versammlung geleitet, die am 29. September v. J. in einem Lokale der Neuen Friedrichstraße stattfand. In der Diskussion über den Vortrag: „Die Miethverhältnisse Deutschlands“ nahm der Schriftführer Kuntel das Wort und legte in scharfer Weise die Kritik des Referenten fort. Der Vorsitzende unterbrach den Redner und erklärte kurzer Hand die Versammlung für aufgelöst. Der abendwache Polizeibeamte, Polizeileutnant Schmidt erklärte hierauf seinerseits die Versammlung für aufgelöst und ließ den Kuntel verhaften. Mit Schulze gerieth er in einen Wortwechsel, im Verlaufe dessen er ihn, wie er behauptet, mehrfach aufforderte, das Lokal zu verlassen, da die Versammlung, wie er hinzusetzte, auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst sei. Schließlich wurde auch Schulze verhaftet und zur Wache gebracht. Es wurde Anklage gegen ihn auf Grund der §§ 9 und 17 des Sozialistengesetzes erhoben. Das Schöffengericht sprach aber in seiner Sitzung vom 24. Februar d. J. den Angeklagten frei. Wegen dieses Urtheils hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die gestern vor der Revisionsinstanz zur Verhandlung stand. In der Rechtsfertigungsschrift war ausgeführt, daß Schulze in fradem legis gehandelt habe, d. h. die Versammlung rasch für geschlossen erklärt habe, um dem Polizeibeamten ein Schnippen zu schlagen. Der Anordnung, sich zu entfernen, hätte der Angeklagte unbedingt nachkommen müssen. War er der Meinung, daß die Auflösung zu Unrecht erfolgt sei, so hätte ihm der Beschwerdeweg offen gestanden. Er habe aber dem Polizeileutnant nicht allein das Recht, sondern auch die Thatsache der Auflösung bestritten. Deshalb sei er zu bestrafen. — Die Beugenvernehmung ergab folgendes: Beuge Polizeileutnant Schmidt sagt aus, daß er im Begriff stand, den Helm zu ergreifen, um ihn aufzusetzen und die Versammlung aufzulösen, als Schulze, der mit der Klingel in der Hand und stehend ihn fortwährend beobachtete, ihm zuvorkam und in schneller Wortfolge in die Versammlung hineinschritt: Die Versammlung ist geschlossen. Darauf habe er (Beuge) noch rasch die letzten Worte Kuntel's flüchtig und dann, als er sich überzeuge, daß die Anwesenden keine Miene machten, sich zu entfernen, die Auflösung ausgeprochen. Schulze habe sich nicht entfernt, sondern ihm das Recht der Auflösung bestritten. Es sei möglich, daß einige Minuten vergangen seien, bevor er, nachdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, aufgelöst habe. — Die Beugen Steinbock und Franke stellen den Vorgang so dar, als habe der Polizeileutnant durch nichts seine Ablichtung gegeben, die Versammlung aufzulösen. Es habe vielmehr geschienen, als wenn er selber überrascht gewesen sei. — Der Staatsanwalt beantragt hierauf 1 Monat Gefängnis. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hülsmann, hob besonders hervor, daß Schulze durch seine Handlung durchaus nicht das Gesetz umgangen, sondern erfüllt habe. Es sei doch nicht die Absicht des Sozialistengesetzes, der Polizei Gelegenheit zum Einschreiten zu geben, sondern es wolle nur in bestimmten Fällen die Fortdauer einer Versammlung verhindern. Dem gefunden Menschenverstand müsse es überhaupt so erscheinen, als könne eine geschlossene Versammlung nicht aufgelöst werden, weil sie eben nicht mehr bestehe. — Nach kurzer Beratung sprach der Gerichtshof den Angeklagten für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 100 Mk. event. 10 Tagen Gefängnis. In der Begründung heißt es, daß die Versammlung thatsächlich fortbestanden habe, als die Auflösung erfolgte. — Wie wir hören, wird gegen dieses Urtheil Revision beim Kammergericht eingelegt werden.

München, 30. Mai. (Privatmittheilung des „Berliner Volksbl.“) Der Konkrete Sozialistenprozeß wegen Vergehens die §§ 128 und 129 des Str.-G.-B. („Geheimbündel“) kommt hier am 11. Juni zur Verhandlung. Von den 46 Angeklagten sind 10 außer Verfolgung gesetzt worden, von den 36 sind 3 (Dr. Weis, Wilhelm, Roth) flüchtig, so daß 33 Mann, davon 21 Verurtheilte, auf die Anklagebank kommen werden. Es befinden sich darunter 1 Bergarbeiter, 1 Metallarbeiter, 6 Schneider, 4 Schuhmacher, 5 Schreiner, 1 Schriftführer, 1 Kaufmann, 1 Gastwirth, 1 Buchdruckereibesitzer, die Frau eines gleichfalls angeklagten Spenglermeisters, 2 Maurer und 2 Journalisten. Zwei der Angeklagten, Ausländer, der eine Familienvater, sitzen in Sicherheitshaft. Jetzt, da die Reaktion in Deutschland Oberwasser hat, ist der Ausgang dieses Prozeßes von doppelt hohem Interesse.

Die von dem Revolverjournalisten Bergschmidt gegen das Urtheil der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I vom 20. Februar d. J. eingelegte Revision gelangte gestern vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Der Angeklagte ist bekanntlich durch das gedachte Urtheil wegen theils vollendeter, theils versuchter Erpressung in sechs Fällen zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. In der von seinem Verteidiger eingelegten Revision war vornehmlich materielle Gesetzesverletzung durch Verkenning des Begriffs der Reichswidrigkeit des erlangten resp. des erstrebten Vermögensvortheils und durch unzulässige Annahme verschiedener selbstständiger Handlungen gerügt worden. Im Termine vor dem Reichsgericht vertrat Rechtsanwalt Dreschner aus Berlin die Revision und stützte sich seine Ausführungen hauptsächlich auf den letzten Angriff. Er erachtete in einzelne

Fällen die Feststellung der verschiedenen selbstständigen Handlungen ohne hinreichende Grundlage getroffen; es sei vielmehr, die Schuld des Angeklagten vorausgesetzt, anzunehmen, daß die Rekrutirung der Zeitungartikel und sonstigen Handlungen aus einem einzigen Entschluß heroor gegangen sind. Aus diesem Grunde beantragte er Aufhebung des angefochtenen Urtheils und Zurückverweisung zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz. Der Reichs-anwalt erachtete die thatsächlichen Feststellungen für unangreifbar und jeden Rechtsirrtum für ausgeschlossen. Er müsse daher die Verwerfung der Revision beantragen. — Der Senat verwarf diesem Antrage entsprechend die Revision, indem er zwar dem Verteidiger darin beipflichtete, daß die Thatsachen, aus denen der erste Richter die verschiedenen selbstständigen Handlungen konstruirte, nicht angegriffen seien, aber annahm, daß das Gesetz dies auch nicht erfordere. Im Uebrigen lasse sich die Feststellung selbst nicht anfechten. Somit hat das Urtheil gegen Bergschmidt Rechtskraft erlangt.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 27. Mai. (Von der Anklage des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung war der Kaplan Gerhardt Nahtigall in Duisburg am 18. März von der Strafkammer dortselbst freigesprochen worden. Er hatte am 29. November v. J. im Sonntagabende, Bellage zu der von ihm verantwortlich redigirten „Duisburger Volkszeitung“ einen Artikel über Klöster veröffentlicht und darin u. a. folgendes gesagt: „Nichts ist widerlicher als die Heuchelei der Gegner der katholischen Kirche. Man sagt, die Klöster seien nicht nützlich. Aber wer hat die romanischen und germanischen Völker belehrt? Die Mönche! Jedes Kloster war ein Vorbild zivilisatorischer Arbeit. Aus den saulen Germanen, die im Sommer Krieg führten und im Winter nichts thaten, haben die Mönche erst Menschen gemacht! — Nachdem den Mönchen noch manches andere Lößliche nachgesagt war, schloß der Artikel mit der Versicherung, daß all das gegenwärtige und zukünftige Gland, welches von oben verhängt wird, die Strafe dafür sei, daß die alten Wege verlassen sind. Die Staatsanwaltschaft erblickte in diesem Artikel erblickte Thatsachen, welche veröffentlicht wurden, um Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit (Gesetze über die Aufhebung der Klöster u. s. w. und Anordnungen der Obrigkeit zur Ausführung derselben) verächtlich zu machen. Der Angeklagte weigerte sich, den Verfasser des Artikels zu nennen, bestritt jedoch, daß der Artikel (obgleich darin verschiedentlich auf Deutschland Bezug genommen war) sich auf die deutschen Verhältnisse bezöge; es sei vielmehr an — Frankreich gedacht. Der Gerichtshof erachtete erhebliche Zweifel für vorliegend, ob die preussisch-deutsche Kirchengesetzgebung wirklich gemeint sei und sprach deshalb den Angeklagten frei. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wurde am 27. Mai vom I. Strafsenat des Reichsgerichts auf Antrag des Reichsanwaltes verworfen, weil sie nur gegen die thatsächlichen Feststellungen anlämpfe.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Von der schädlichen Wirkung der neuesten Versammlungs-Verbote auf die Erwerbs- und sonstigen Interessen der Arbeiter gewinnt man eine annähernde Vorstellung, wenn man die fast alltäglich bei der Lohnkommission der Berliner Maurer einlaufenden Anzeigen, Klagen und Beschwerden der Arbeiter erfährt über Mißstände, welche, wenn die Verfügungen nicht erlassen worden wären, jedenfalls den Organismus von Verhandlungen sofort einzudringender öffentlicher Arbeiter-Versammlungen bilden würden, um über geeignete Mittel zum Zweck ihrer Abstellung zu berathen. Wir wollen hier nur auf zwei Fälle aufmerksam machen, welche zu unserer Kenntniß gelangt sind. Bei dem ersten der beiden Fälle handelt es sich um eine leider nicht vereinzelt dastehende unsolide Geschäftspraktik hausführender Bollere beim Auszahlen der Wochenlöhne, die ihnen zwar vom betreffenden Bauherrn oder Baugeschäftsinhaber ohne jedweden Abzug ausgezahlt wurden, die sie aber keineswegs voll und ganz an die beim Bau beschäftigten Handwerker ausgaben, sondern von denen sie diesen einstweilen nur Abschlagszahlungen von etlichen Mark machen zu können behaupten, um sie bezüglich des Restes auf den nächsten oder einen späteren Tag zu verfröhen. Nach dem diesbezüglichen uns vorgelegten, von den geschädigten 9 Arbeitern (8 Maurern und einem Bauarbeiter) eigenhändig unterzeichneten Schriftstück hat der vom Baugerrn, Rentier Trems, mit der Bauausführung auf dem Grundstück Götterstraße 57 beauftragte Maurerpolier Rudolph Fiaschenträger (Petersburgerstraße 23 bei Richter wohnhaft), der als beauftragter Bauunternehmer sämtliche von ihm beschäftigte Maurer ac. unmittelbar und selbstverantwortlich in Arbeit genommen resp. engagirt hatte, am Sonnabend, den 23. d. M., der Hälfte seiner Arbeiter (acht Maurern und einem Bauarbeiter) anstatt des fälligen ganzen Wochenlohnes nur eine Abschlagszahlung von 5 bis 6 Mark gemacht und ihnen denselben „Nachschuß“ resp. den bei weitem größeren Resttheil für den nächstfolgenden Sonntag, den 23. d. M., versprochen, aber nicht gezahlt, sondern sie vorgedens 5 Stunden auf dem Bau lassen und barren lassen, um sie schließlich abends auf den andern Tag, Montag Morgens 6 Uhr, zu verfröhen, und zwar zum zweiten Male mit genau demselben negativen Resultate, nachdem er sie zuvor bis 9 1/2 Uhr vorgedens hatte warten lassen. Nun aber rief endlich auch den genannten Arbeitern die Geduld und sie wandten sich an den als ebenso humanen wie solid bekannten Bauherrn selbst, der ihnen den restirenden, vom Polier eigenmächtig und ganz ungerechtfertigter Weise einbehaltene Wochenlohnbetrag ohne weiteres auszahlte. Demnach hielten sich die betreffenden Maurer für berechtigt, gegen den genannten Polier eine ihnen auf Verlangen auch polytechnisch bestätigte Entschädigungsforderung von 5 Mk. für insgesamt 10 Stunden à 50 Pf. eventuell auf dem Wege der Klage geltend zu machen. Der zweite Fall betrifft die auf dem Bau in der Bodrauerstraße am dem Tempelhoferberge regelmäßig übliche, bekanntlich gesetzlich unstatthafte Sonntagsarbeit, die, wie die Kommission sich selbst überzeugt hat und wofür sie sich verdrigt, unbeantstandt geduldet werden. Können Versammlungen abgehalten werden, so würde man nicht verfehlen, die Behörde auf derartige Mißstände aufmerksam zu machen.

Ausbeutung der jugendlichen Kräfte. Aus „Framad“, einem Nachbarort von Bremerhaven, wird dem dortigen „Tageblatt“ geschrieben: „Der Mangel an Dienstköttern, zum großen Theil hervorgerufen durch die in hiesiger Gegend immer stärker werdende Auswanderung, hat eine größere Veranlassung der noch schulpflichtigen Jugend zu den ländlichen Arbeiten zur Folge. Dito- und Dienstköttern sind daher sehr beschaffen, namentlich wenn denselben ein theilweiser Erlaß des Sommer- und Winterunterrichts gestattet werden kann. In Anerkennung des Bedürfnisses ist daher auch in den sogenannten Lebensschulen unseres Bezirkes für diesen Sommer nur ein Vormittagsunterricht vorgesehen, so daß sämtliche Nachmittage frei sind. Diese in mehrfacher Hinsicht zu empfehlende Einrichtung wird von der Ackerbau treibenden Bevölkerung gewiß mit Genugthuung begrüßt werden, wenn auch die 5 Vormittäglichen Unterrichtsstunden für Kinder und Lehrer wohl etwas anerkennend sein dürften.“ — Also „mit Genugthuung“ begrüßt die dortige Bevölkerung, daß die Schulkinder fünf Stunden hintereinander in der schmalen Schultüte sitzen müssen, müde und träge werden und deshalb nichts lernen können; „mit Genugthuung“ wird begrüßt, daß der Lehrer aus eben denselben Gründen nichts Ordentliches lehren kann. Des Nachmittags, anstatt den jugendlichen Körper auszurufen und neu zu stärken im fröhlichen Spiel, soll der Schulknabe in den bürgerlichen Dienst eintreten, der manchmal recht sauer ist. Und

auf einer solchen Jugend, die man systematisch geistig und körperlich zu Grunde richtet, soll die Zukunft Deutschlands be-
rühren? Was bald oder befrüht, „man a“ derartige Verordnungen, mit Genußnahme?“ — Weil man dadurch billige Arbeitskräfte erhält. Also des lieben Mammons wegen! Und alles das wird noch dazu „gesellschaftliche Ordnung“ genannt.

Wit den Innungen lebt der Innungsgeist wieder auf. Vor einigen Wochen antwortete die hannoversche Bau-
gewerksinnung auf das Gesuch der Gesellen und Arbeiter, die willkürlich durch Entziehung der Wesperraufe auf 10 1/2 Stunden verlängerte Arbeitszeit wieder auf 10 Stunden her-
abzusetzen, kurzweg mit der Erklärung, die Innung habe mit der Lohnkommission der Arbeiter nichts zu schaffen. Jedem Meister sei es überlassen, sich mit seinen Leuten zu einigen. Als hierauf einige Meister die Wesperraufe gewährt und so dem seit einem Jahre mehrfach wiederholten Gesuch der Ge-
sellen mehrfach entsprochen, forderte der Innungsvorstand diese Meister unter Androhung von 200 Mark Strafe auf, die Be-
willigung rückgängig zu machen. Er wurde nun darauf auf-
merksam gemacht, daß diese Androhung gegen die Gewerbe-
ordnung verstoße; auch sand das ganze Verfahren der Innungs-
meister durch die Presse eine begründete Verurtheilung, und da sie gegen dieselbe nichts einwenden können, sehen sie sich
jetzt genöthigt, die erst schroff zurückgewiesenen Gesellen um eine Wiederannäherung der Verhandlungen mit dem Innungs-
vorstande zu ersuchen. Die Gesellen haben sich auch dazu bereit
erklärt, und so ist die Lohnbewegung unter den Maurern in
Hannover in ein neues Stadium getreten. Hoffentlich führen
die Verhandlungen zu einer Einigung. Nach einem Bericht
haben die Göttinger Meister eine Arbeitsordnung erlassen,
welcher ebenfalls nachgesagt wird, daß sie mit der Gewerbe-
ordnung im Widerspruch stehe und die den Gesellen gewähr-
testen Rechte mehrfach verleihe. In Folge dieser Arbeits-
ordnung hat sich auch in Göttingen ein Bauwerks-Fachverein
gebildet.

**Den Schnapsbrennern, Monopolschwärmern und ver-
wandten Berufsgeossen, den Mächtigsten a poste in la
Pamiers kann nicht oft genug der goldene Spruch Justus
v. Liebig's wiederholt werden, der die weiteste Verbreitung
verdient und der da lautet: „Man hat die Verarmung und
das Elend in vielen Gegenden dem überhandnehmenden Genuß
von Branntwein zugeschrieben, — dies ist ein Irrthum. Der
Branntweingenuß ist nicht die Ursache, sondern
eine Folge der Noth. Es ist eine Ausnahme von der
Regel, wenn ein gut genährter Mann zum Branntweiniker
wird. Wenn hingegen der Arbeiter durch seine Arbeit weniger
verdient, als er zur Erwerbung der ihm notwendigen Menge
von Speise bedarf, durch welche seine Arbeitskraft völlig
wieder hergestellt wird, so zwingt ihn eine harte unerbilligte
Naturnothwendigkeit, seine Zuflucht zum Branntwein zu ne-
men; er soll arbeiten, aber es fehlt ihm wegen der unzureichen-
den Nahrung täglich ein gewisses Quantum von seiner Ar-
beitskraft. Der Branntwein, durch seine Wirkung auf die
Nerven, gestattet ihm, die fehlende Kraft auf Kosten seines
Körpers zu ergänzen, diejenige Menge heute zu verwenden,
welche naturgemäß erst den Tag darauf zur Verwendung
kommt; der Branntwein ist ein Wechsel, ausgestellt auf die
Gesundheit, welcher immer prolongirt werden muß, weil er aus
Mangel an Mitteln nicht eingelöst werden kann; der Arbeiter
verschreibt das Kapital anstatt der Zinsen, daher der unvermeid-
liche Bankrott seines Körpers.“ — Diese goldenen Worte
sollten in jedes Politikers — und Politiker soll heute jeder
Staatsbürger sein — Kopf und Herz eingegraben sein.**

Zur Unfallversicherung. In den letzten Tagen haben
die Vorstände der Unfallversicherungsgeossenschaften in
Berlin eine Versammlung behufs Verständigung über die
Wahl zweier nicht ständiger Mitglieder des Reichsversicherungs-
amts und deren vier Stellvertreter gehabt. Hierbei ist der
Gedanke angeregt worden, zur Vertretung der gemeinsamen
Angelegenheiten aller Berufsgeossenschaften einen Central-
ausschuß zu bilden. Der Gedanke fand allgemeinen Beifall
und es wurde beschlossen, eine Centralstelle einzurichten, in
welche die deutsche Buchdruckerberufsgeossenschaft, die nord-
deutsche Textilarbeiterberufsgeossenschaft, die chemische Berufsgeossenschaft,
die Knappschäfersberufsgeossenschaft und die norddeutsche
Baugewerksberufsgeossenschaft resp. ihre Vertreter gewählt
würden. Mit der Leitung der Centralstelle ist vorläufig der
Vorstand der deutschen Buchdruckerberufsgeossenschaft, Herr
Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig, gewählt worden.

**Die Lage der württembergischen Korsettweber wird
trefflich durch eine Mittheilung im „Schwäbischen
Wochenblatt“ beleuchtet. Danach beträgt die wöchentliche
Ausgabe einer Magstader Korsettweberfamilie
(die Familie zu 5 Köpfen gerechnet): für Brod 2,40 M.,
Butter, Schmalz, Eier 1,70 M., Frühlisch, bestehend in einer
Suppe, a 20 Pf., 1,40 M., Gemüse, Mehl, u. s. w. Mittags-
essen 1,70 M., 2 Pfd. Fleisch 1,12 M., Seife, Soda, Stärke
35 Pf., Taschengeld für den Mann 1 M., täglich 2 Schoppen
Bier oder Most zu Wesperr, a 20 Pf., 1,40 M., macht zu-
sammen 11,7 Mal 52 Wochen 575,7 M. — Jährliche Aus-
gaben für: Viehhals 60 M., Steuer an Staat und Gemeinde
6 M., Krankenlassen und sonstige Vereinsbeiträge 15 M.,
Brennmaterial, für solche, die Bürger sind, 20 M., für Nicht-
bürger entsprechend höher, weil diese keine Bürgergelder
erhalten, Beleuchtung 12 M., Kleidung für die ganze Familie
45 M., Schuhwerk 30 M., Bett und Bekleidung u. s. w. 15 M.,
Erfaz für zerbrochenes Röhrengeschirr 3 M., Ländchen der
Wohnung, Kaminsfeger 4 M., Schulgeld für 2 Kinder,
Bücher u. s. w. 4 M., Zeitungsabonnements 6 M., sonstige kleine
Ausgaben 5 M., hierzu obige 572,7 M., macht zusammen jähr-
lich 797,7 M. Die sorgfältige Notirung der Einnahmen
eines Webers, welcher das ganze Jahr gewoben hat, beträgt
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1885 466,97 M., ergibt somit
eine Defizit von 330,10 M. — Daß diese wirtschaftliche
Lebenshaltung keine hohe ist, leuchtet ein. Nichtdehnerwörter
wollen die Fabrikanten einen Lohnzuschlag vornehmen. Und
wo bleibt das praktische Christenthum?**

**Die Einführung einer Biersteuer, als einer Verbrauchs-
steuer, welche das untere Volk am meisten belastet, ist von dem
Stadtverordnetenkollegium zu B w i d a u abgelehnt worden. —
Wir halten diese Ablehnung angesichts der drohenden Reichs-
konsumsteuer auf Branntwein ganz besonders für richtig, damit
der Arbeiter nicht zu dem verschlechterten Schnaps auch noch
schlechteres Bier erhält.**

**In Leipzig haben auch die sogenannten Steinreißer
(Flasterer) einen Fachverein gegründet, um bessere Arbeits-
bedingungen zu erhalten. Bisher galten diese Arbeiter für
die am wenigsten gebildeten städtischen Arbeiter; um so wohl-
wollender wird eine derartige Vereinigung wirken.**

**Die Appreturgehilfen in Krefeld haben nach kurzer
Arbeitslosigkeit eine Lohnhöhung, dagegen keine Arbeits-
zeitverlängerung erreicht.**

**Der Schreinerstreik von Lausanne ist nicht, wie
irrtümlich von verschiedenen Blättern gemeldet wurde, beendet,
er dauert vielmehr fort.**

**Der Streik der Pianofortearbeiter in Reichen, der
wegen Lohnzulage und unbilliger Behandlung entstand, ist nach
einer neueren Mittheilung, „zur vollständigen Friedebendheit der
Arbeiter“ beendet. Doch sollen Maßregelungen im Laufe des
nächsten Monats bevorstehen. Buzug fernzuhalten. Briefe an
M. Wille, Reichen an der Elbe, Sendungen an D. Pehhold,
Kassanienallee.**

**An die Steinträger Berlins und Umgegend. Kollegen!
Wir theilen hierdurch mit, daß nur noch Wenige sind, die den
Loth nicht voll und ganz bezahlt bekommen, und da dieselben
Aussicht haben, in nächster Zeit da Arbeit zu erhalten, wo der
Loth bezahlt wird, so ist der partielle Streik vorläufig als
beendet zu betrachten. Wir erklären deshalb hiermit die**

**Tätigkeit der Lohnkommission für beendet, zugleich machen wir
auf folgendes aufmerksam. Solen Mitglieder des Vereins
gezwungen werden, durch Nichtbewilligung des Loth's die
Arbeit einzustellen, so ist dies nicht mehr Lindenstraße 54 bei
Guth zu melden, sondern direkt dem Vorstand anzugeben.
Nebst dem nimmt noch fernherbin entgegen Ernst Gutlich,
Oppelnerstr. 21 vorn 4 Tr., an den Wochentagen von 2 bis
4 Uhr Nachmittags. Mit kameradschaftlichem Gruß! Berlin,
den 30. Mai. Die Lohnkommission. J. M.: Ernst Gutlich.**

**Zum Töpferstreik in Berlin. Die Töpfer Berlins
haben beschlossen, am 1. Juni (nicht, wie es in der letzten
Nummer hieß, am 1. Juli) einen Generalstreik zu proklamieren
und erlassen nachstehenden Aufruf an die Töpfer u. Deutsch-
lands: Kollegen! Indem alle unsere angebahnten friedlichen
Verhandlungen betriebs Durchsührung eines Vorstretens, den
heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohns mit unseren
Arbeitgebern scheiterten, haben die Töpfer Berlins und Um-
gegend beschlossen, nunmehr das letzte Mittel des gesetzlichen
Weges, einen Generalstreik vom 1. Juni cr. ab hierseits in
Kraft treten zu lassen. Kollegen und Arbeiter Deutschlands!
Da wir das Bewußtsein hegen, daß das Solidaritätsgefühl
der Arbeiterschaft sich auch uns gegenüber bewähren wird,
werden wir den gerechten Kampf mit der größten Ruhe und
Umsicht aufnehmen. — Briefe u. s. w. sind zu richten an Herrn
Otto Splitt, Restaurant Seefeld, Grenadierstr. Nr. 33 in
Berlin. Im Auftrage der Töpfer Berlins und Umgegend:
Germann Dormann, Schriftführer, Langestr. 62.**

Vereine und Versammlungen.

**hr. Die außerordentliche Mitglieder-Versammlung
des Fachvereins der Töpfer, welche am Sonntag bei Grat-
weil tagte, beschäftigte sich mit der Frage, wie der von der
Gesellen-Lohnkommission für 1886/87 vom 1. Juli aufgestellte
neue Lohnsatz zur Geltung zu bringen sei. Herr Kemnitz,
der das Referat erstattete, begann mit dem Hinweis auf den von
der öffentlichen Versammlung am Donnerstag gefassten Be-
schluß, welchem zufolge am 1. Juni sämmtliche Töpfer Berlins
die Arbeit niederzulegen haben und der Generalstreik so lange
fortzusetzen ist, bis die Lohnkommission es an der Zeit finden
wird, zu erklären, daß bei den Meistern, welche inzwischen sich
durch Namensunterschrift auf den neuen Lohnsatz verpflichtet
haben, die Arbeit wieder aufgenommen werden dürfe. Dieser
Beschluß — meinte Referent — sei auch den Meistern gegen-
über, welche schon jetzt ihre Unterschrift gegeben haben oder
noch vor dem 1. Juni geben werden, nicht aufrecht zu erhalten;
die Geschäftigkeit gebiete es, daß bei diesen Meistern die Arbeit
nicht niedergelegt werde. In einer später von Herrn Gölitz
eingebrauchten Resolut'on war dieser Ansicht Rechnung getragen.
In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner
dahin aus, daß dem in der öffentlichen Versammlung am
Donnerstag gefassten Beschlusse gemäß der Kampf mit Prokla-
mation des Generalstreiks eröffnet werden müsse. Es wurde
hervorgehoben, daß das einmüthige Zusammenhalten der Ge-
sellen, welches am besten durch den Generalstreik kundgegeben
werde, die Arbeitgeber, da sie gegenwärtig ihre Arbeiter sehr
nötig brauchen, sehr bald dahin bringen werde, den
neuen Lohnsatz anzuerkennen; daß diejenigen Ar-
beitgeber, welche sich schon vor dem 1. Juni
auf den neuen Lohnsatz verpflichtet haben, den geringen
Schaden, welchen der wahrscheinlich nur wenige Tage dauernde
Generalstreik auch für sie mit sich bringe, leicht tragen können,
und daß dieselben bei ihren Kollegen dahin wirken werden,
daß auch diese sich beugen, der gerechten Forderung der Ge-
sellen Gehör zu leisten, damit der Generalstreik von der
Lohnkommission in möglichst kurzer Zeit für beendet erklärt
werde. Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige
Annahme des Antrages, daß dem in der öffentlichen Versamm-
lung am Donnerstag gefassten Beschlusse gemäß der General-
streik vom 1. Juni ab voll und ganz aufrecht erhalten werde,
bis die Lohnkommission es für gut hält, den partiellen Streik
zu proklamieren. Herr Bzizulski theilte mit, daß vom 1. Juni
ab zur Entgegennahme der Berichte der Delegirten einige Mit-
glieder der Lohnkommission täglich in Seefeld's Lokal, Gre-
nadierstraße 33, anwesend sein werden. Die Werksbetriebs-
leiter wurden von der Verpflichtung, sich an dem Generalstreik
zu betheiligen, entbunden. Die Beschlusshaltung über den An-
trag Thiele, daß nach Beendigung des Generalstreiks die in
Arbeit stehenden Kollegen von ihrem Verdienste 15 pCt. zur
Unterstützung der streikenden Kollegen abgeben sollen, wurde
der nächsten öffentlichen Versammlung vorbehalten. Den un-
verheirateten Kollegen wurde zur Pflicht gemacht, Berlin zu
verlassen, wenn ihnen auswärts Arbeit nachgewiesen worden sei.**

**hr. Im Fachverein der Schlosser (bei Gratweil) durfte
der angelegte Vortrag über „Die Leiden der Brennung“ am
Sonabend nicht gehalten werden. Herr Dr. Bensendorf, der
den Vortrag vorgelesen hatte, aber am Erscheinen verhindert war,
hatte dem Vorstand geschrieben, daß Herr Redakteur Stein an
seiner Stelle den Vortrag halten werde. Der überwachende
Polizeibeamte erklärte es für unzulässig, daß ein Anderer als
der in der Anmeldungsschreiben benannte den Vortrag halte. —
Vom Vereinsmitglied Göbel wurde der Antrag gestellt, die
Vereinsversammlungen bis zum Oktober auszusetzen. Nach
lebhafter Debatte wurde beschlossen, daß der Antrag auf die
Tagesordnung der nächsten am 26. Juni stattfindenden Vereins-
versammlung gesetzt werde.**

*** Der Vorkommnisse des Bezirksvereins „Vorwärts“
gedenkt am Mittwoch, den 2. Juni, bei Krieger, Wasserhor-
straße 68, eine Vereinsversammlung abzuhalten. Die Tages-
ordnung wird in der nächsten Nummer bekannt gemacht. Gäste,
durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder
werden aufgenommen.**

**Dem Arbeiter-Bezirksverein „Eid-Cl“ ist die Ge-
nehmigung zur Abhaltung seiner regelmäßigen Versammlung
am Mittwoch, den 2. Juni, nicht erteilt worden. Auf der
Tagesordnung stand: Vortrag des Architekturmalers Herrn
Wiedholdt über den Werth der Schwemmanalysation und die
Risikofelder.**

*** Fachverein der Former und Berufsgeossen. Da
die letzte Versammlung nicht genügt wurde, beabsichtigt der
Vorstand die nächste Versammlung mit unveränderter Tages-
ordnung am Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr, in Weid's
Salon, Alexanderstr. 31, einzuberufen. Die Zahlstelle befindet
sich bei Sodie, Ritterstr. 123; jeden Sonnabend Abend von
7—9 Uhr geöffnet. Näheres Inserat am Sonnabend.**

**Fachverein der Drechsler, Knopfabriker und verw.
Berufsgeossen. Die zu heute (Dienstag) nach Säger's Lokal,
Grüner Weg 29, einberufene Versammlung des Vereins findet
nicht statt.**

*** Raucherklub „Zum Brangel“ jeden Dienstag Abends
8 1/2 Uhr im Restaurant Brangelstr. 32.**

*** Zitherklub „Südost“ jeden Dienstag, Abends 8 Uhr,
bei Schmidt, Mantuffelstr. 71.**

Kleine Mittheilungen.

**Rüdersdorf, 29. Mai. (Schiffuntergang auf dem
Rüggelsee.)** Gestern Nachmittags gegen 7 Uhr legten drei
Kaltströme — zwei hochbordige pommerische, die nach Swine-
münde fuhren, und ein Rüdersdorfer, der nur etwa 10 Zoll
Bord hatte — vom Rüdersdorfer Gelände aus in den Rügge-
lsee. Trotzdem das Gewitter ringsum schon länger als zwei
Stunden drohend stand, glaubten die Schiffer doch noch vor
Ausbruch des Unwetters das Gelände in Friedrichshagen zu
erreichen, zumal der Wind für die Fahrt günstig aus Osten
wehte. Die drei hatten den Rüggelee erst etwa über die

Dämme passiert, als das Gewitter in Begleitung von heftigem
Sturm mit aller Macht losbrach. Die Schiffer vermochten die
Segel nicht mehr zu halten und mußten dieselben
werfen. Auch die Anker warfen alle drei aus; die der beiden
Pommerer hielten, so daß ihre Rähne mit dem Vordertheil in
den Wind zu liegen kamen, wo ihnen die hochtreibenden Wellen
nicht viel anhaben konnten. Die Anker des Rüdersdorfers
hielten dagegen nicht, sein Kahn kam quer vor die Wellen, fing
sich ab, von der Seite zu rollen und übernahm Welle auf
Welle, so daß es keine fünf Minuten dauerte und das schwer-
beladene Fahrzeug schief mit dem Vorderende zuerst in die
Tiefe. Der Mannschiff gelang es, sich vermittels des Hand-
lothes zu retten. Das gesunkene Fahrzeug liegt in einer Tiefe
von etwa 30 Fuß, und die hervorragende Mastspitze kenn-
zeichnet die Stelle, an welcher es in den Grund eingebettet ist.

**Aus Schlesien. Ueber einen Raubmord wird der „Wes-
fig.“ nachstehendes berichtet: Der Droschkenbesitzer Wigg auf
Goldberg ist am Mittag des 22. d. M. mit einem Fremden
von Goldberg abgefahren und jedenfalls noch an demselben
Tage von seinem Fahrzeug, anscheinend mit einem Hammer,
ermordet und beraubt worden. Die Leiche des Wigg ist am
25. Mai in der Nähe der Läden-Steinauer Chaussee in einem
Koggenfelde aufgefunden worden. Der Schädel war zertrüm-
mert, Uhr und Borschaft fehlten. Der Fabrikant, gemeinlich
der Räuber, ist am 22. Mai Abends gegen 6 Uhr in Rastern,
an der Plegnis-Lübener Chaussee, ohne Rauscher ein-
getroffen, hat dort gestrast und die Fahrt über
Läden nach Steinau fortgesetzt. Dort hat er die blutbedeckte
Droschke des Wigg gegen einen leichten einspännigen Wagen
(zum Viehtransport benutzt) vertauscht und ist am andern
Morgen (Sonntag) in der Richtung nach Winiß abgefahren.
Seine Spur ist bis nach Seitroba, Kreis Wohlau, verfolgt,
das er am Abend des 23. oder am Morgen des 24. Mai ver-
lassen hat. Der Räuber hat sich bald für einen Viehhändler,
bald für einen Gutsbesitzer ausgegeben und geäußert,
er sei aus Kaufswitz bei Glogau, man nenne ihn den
tolleu Bajer. Er sprach viel und renommistisch und nannte
sich auch Wigg. Sein Alter ist 36—40 Jahr, Größe
5 Fuß 4—5 Zoll, eher schlank als unterseht, kräftig, dünner
langer Hals, gedrämtes Gesicht, starker kurzer schwarzer
Schnurrbart, dunkle Augen, große Nase, dunkles kurzgeschnit-
tens spärliches Haar, starke Wattle. Er hat eine tiefe Stimme,
drecktes Wesen und nannte Haushalter und Händler stets „Du“.
Seine Kleidung bestand aus neuem dunkelbraunen Sommer-
überzieher, Jacket und Hoje von blauem Stoff, grauer Stoff-
mütze mit großem grauen Schirm, Strümpfen und neuen
Stiefeln. Der eingetauschte Wagen ist braun gestrichen, hat
roth: Deichsel, schwarzen gepolsterten Sitz in vier Riemen hän-
gend. Das Pferd war braun, ohne Abzeichen und wohlge-
nährt. Der Erste Staatsanwalt zu Plegnis ersucht um Nach-
richt, falls der beschriebene Räuber betroffen wird.**

**Christiania, 25. Mai. Die norwegischen Seeleute
desen und Christensen haben gestern von hier eine Reise über
den Atlantischen Ocean in einem kleinen offenen Segelboot
angereitet. Das Boot ist nur 19 Fuß lang, 5 1/2 Fuß breit
und 2 1/2 Fuß tief; für 60 Tage sind die Reisenden mit Brod-
viant und Wasser versehen.**

**Triest, 28. Mai. Die hiesige Bevölkerung wurde heute
durch einen Akt fürchterlicher Nothheit in große Aufregung ver-
setzt. Die Ballettängerin Katharina Giusti, ein blühend schönes
Mädchen, wurde von ihrem Geliebten, Namens Baldo Weiß,
in entsetzlicher Weise ums Leben gebracht. Weiß hatte nach
einer heftigen Szene mit der Mutter seiner Geliebten in auf-
geeregter Stimmung seine Wohnung verlassen. Auf der so-
genannten Riesenreppe, die zur Kapuzinerkirche führt, be-
merkte er seine Geliebte, die ihm, Unheil ahnend, gefolgt
war; er stürzte sich während auf das Mädchen, warf
es zu Boden und würgte es mit den Händen. Bei dem ver-
zweifelten Kampfe, welcher sich zwischen Beiden entspann,
sollerten sie über die Treppe hinab, an deren Fuß die Giusti
leblos liegen blieb. Damit aber noch nicht zufrieden, raffte sich
Weiß auf und trat auf dem Körper des Mädchens
herum, wobei er dessen Schädel mit den Fäusten förmlich
zertrümmerte. Weiß, welcher in einer hiesigen Kuchendücker-
bedienet ist, wird als ein exaltirter Mensch geschildert; er
leidet auch an epileptischen Krämpfen. In den niederen Klassen
der Bevölkerung Triests spricht man von nichts Anderem, als
der fürchterlichen That.**

**Catania, 29. Mai. Die Eruption des Aetna ist im Ab-
nehmen begriffen; die Lava durchläuft nur noch 2 Meter in
der Stunde, so daß dieselbe das Innere der Stadt N. coler
nicht erreichen dürfte. Seit gestern fällt auch kein schwarzer
Sand mehr. Der „N. Fr. Pr.“ geht ebenfalls unterm 29. Mai
nachstehende Meldung zu, welche zugleich zeigt, welche
sonderbare Mittel die katholische Geistlichkeit anwendet,
um die drohende Gefahr abzuwenden: „Achtung!
Waschen Sie die Straßen. Die Priester fordern
das Volk auf, Bittgänge zur heiligen Agathe, der
Schutzherrin der Stadt vor dem Feuer des Aetna, zu veranstalten.“
Der Erzbischof pilgerte mit dem Schiele der Heiligen
Nicola, um die Lava von der Ortschaft abzuwenden.
Nachrichten von heute Nacht lassen die Vollendung des Unglück-
binnen wenigen Stunden als unvermeidlich erscheinen. Nicola
wurde von allen Einwohnern rechtzeitig verlassen. Auch die
Vorräthe an Früchten und Wein wurden gerettet. Die äußerste
Grenze der Lava befindet sich in einer Höhe von 802 Metern
von Catania entfernt.**

Letzte Nachrichten.

**Zur Frankfurter Friedhofskassäre. Aus Frankfurt am
Main läßt sich die „W. Allg. Ztg.“ von ihrem ständigen Korre-
spondenten folgendes mittheilen: „Der in dem Friedhofskas-
säre verurtheilte Polizeikommissar Meyer (er erhielt drei
Monate Gefängnis) hat bekanntlich seiner Zeit gegen die ihm
zuzuschreibende Strafe Revision eingelegt. Wie ich bestimmt erfah-
re, hat aber Meyer — und zwar auf einen deutlichen Willen der
Regierung — in den letzten Tagen die Revision zurückgezogen
und sich außerdem bereit erklärt, sämmtliche verlegte Sozial-
demokraten zu entschädigen.“ Wir müssen die Verantwortlichkeit
für die Meldung dem ältesten Blatte überlassen.**

**Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde verboten,
das mit den Worten: „Nürnberg, im März 1886. Die von
einigen Schuhmacher Deutschlands entbieten allen Arbeit-
legern, die dieses Blatt empfangen, den besten Gruß!“ be-
zogene, im Verlag von W. Bod in Gotha und Druck
von W. Voigtel daselbst erschienene Flugblatt.**

**Aus der Schweiz. In der gestrigen Volksabstimmung
von Basel-Land wurde das Gesetz über die Einführung des
Zwangsanges abgelehnt, das Initiationsgeheimnis
Freigebung der ärztlichen Praxis angenommen. — In der
Volksabstimmung im Kanton Solothurn wurde die von den
Konservativen vorgeschlagene Revision der Verfassung
mit 7166 gegen 3459 Stimmen abgelehnt.**

**Cholera. Vom 29. zum 30. Mai Mittags kamen in
Benedict 32 Choleraerkrankungen und 12 Choleraodesfälle
vor; von den Erkrankten waren 11 bereits früher erkrankt.
In Bari kamen 1 Erkrankung und 2 Todesfälle vor.**

**Bestechungssache. In New York ist abermals ein
Mitglied der Stadtverwaltung, Alberman Duff, verurtheilt
worden. Derselbe wird beschuldigt, dem Alderman Walter
die Erlangung der Konzession für die 34. Straßeneinbahn
eine Bestechung angeboten zu haben. Dies wird als bestanden
erachtet, da es die Aufsicht erdicht, endlich die Personen zu
erreichen, welche die Geldmittel zu den zahlreichen Bestechungen
gestellert haben.**